Abonnementspreis
mit der wöchentlich zweimal erscheinenden Unterhaltungs-Beilage „Blick der Arbeiterwelt“ vierteljährlich [illegible] bei Abholung in den Ausgabestellen 60 Pf. pro Monat. Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste 6082) pro Vierteljahr M. 2,25. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 3 M., für das übrige Ausland 7 M. pro Vierteljahr.

Redaktion
Zwingerstraße 22, part.
Sprechstunde
an Werktagen von 12 bis 1 Uhr.
Telephon: Amt I, Nr. 1704.

Telegramm-Adresse:
„Arbeiterzeitung Dresden.“

Sächsische Arbeiter-Zeitung

Organ zur Wahrung der Interessen der Arbeiterklasse

Inserate
werden für 6 gespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 20 Pf. berechnet und bei mehrmaligem Erscheinen Wiederholung eines Inserats entsprechend billiger. Vereinsanzeigen 15 Pf. Inserate nehmen die Expedition und die Filialen entgegen und sind in der Expedition abzugeben.

Expedition:
Zwingerstraße 22, part.
Geöffnet von Montag 8 bis einschl. Sonntag 8 Uhr.
Telephon: Amt I, Nr. 1704.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Nr. 189. | Dresden, Montag den 18. August 1902. | 13. Jahrg.

Die Affaire Löhning.

Endlich hat ein Offiziosus den Mund in dieser Sache aufgetan, aber nur, um zu versichern, daß er nichts sagen werde. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt:

Die Finanzverwaltung verzichtete bisher darauf, zu den Erörterungen der Tagesblätter über den Fall Löhning ihrerseits in der Presse das Wort zu nehmen. Sie wird diese Zurückhaltung auch fernerhin beobachten. Es widerspricht den preußischen Verwaltungsgrundsätzen, Beschwerden, die ein Staatsbeamter gegen seine Vorgesetzten erheben zu können glaubt, durch die Presse zum Austrag bringen zu lassen. Die Blätter selbst weisen darauf hin, daß die Löhningsche Angelegenheit in der preußischen Volksvertretung zur Sprache kommen müsse. Dort ist der Ort, wo der zuständige Ressortminister Gelegenheit finden wird, den Nachweis zu liefern, daß die den Intentionen der Staatsregierung direkt zuwiderlaufende Haltung Löhnings in der Polenpolitik für die Verletzung desselben in den Ruhestand entscheidend war.

Die Erklärung ist ein Produkt arger Verlegenheit und zugleich eine kostliche Probe davon, wie erhaben ob allen Stürmen, die nicht mit obrigkeitlicher Bewilligung oder im Beamtenkörper selbst sich abspielen, der deutsche Bureaukrat sich fühlt oder sich zu fühlen wenigstens vorgiebt. Das bureaukratische Schema ist der Schutzwall, hinter der die Bureaukratie ihre Unnahbarkeit zu wahren und ihre Hilflosigkeit zu bergen sucht. „Es widerspricht preußischen Verwaltungsgrundsätzen, Beschwerden eines Beamten gegen seine Vorgesetzten durch die Presse zu erledigen!“ Ei, über die gescheite Ausrede! Also nicht der Oeffentlichkeit, nur dem Herrn Provinzialsteuerdirektor ist Rede zu stehen — die Affaire, die die preußische Regierung vor dem ganzen Reiche und im gesamten Auslande mit unsagbarer Lächerlichkeit bedeckt hat, ist nach dieser gescheiten Rubrizierung eine Sache zwischen dem Finanzminister und Herrn Löhning, eine Sache zwischen zwei Personen. Wunderbar, daß sich die Regierung bei dieser Auffassung überhaupt herbeilassen will, im Landtag, nach einigen Monaten Wartens, über die Affaire Auskunft zu geben. Wunderbar! Denn auf die Weise kommt ja die Rechtfertigung schließlich doch in alle Zeitungen und die Beschwerde des Herrn Löhning wird dann schließlich doch „durch die Presse erledigt“. Aber der heilige Bureaukratismus hat die Genugthuung, daß sie erst durch die Verhandlungen der Volksvertretung erfährt, was die Regierung ihr sonst direkt mitteilen müßte. Die „Volksvertreter“ des Dreiklassenlandtags haben ja wenigstens so etwas wie eine „Kompetenz“, aber die Presse hat gar keine, hat gar kein Recht, von der Regierung Aufklärung zu verlangen: „Die Oeffentlichkeit existiert nicht“, sagte schon Braukewetter, dieser Typus eines echten preußischen Beamten.

Aber die Regierung ist ihrem erhabenen Vorsatz, zu schweigen, doch nicht ganz treu geblieben. Das Verlegenheitsprodukt verrät sich in der glänzenden Inkonsequenz, womit es paradiert. Was das Dokument am Anfang feierlich verweigert, das giebt es am Schluß zu. Was nur den kompetenten Abgeordneten des Dreiklassenlandtags gesagt werden sollte, das vertraut die Erklärung am Schlusse der inkompetenten Presse und öffentlichen Meinung an. Sie kann es doch nicht ertragen, das große Geheimnis bis zum Tage der großen parlamentarischen Abrechnung für sich zu behalten und wie eine geschwätzige Frau Gevatterin raunt sie, nachdem sie ihrer Bekannten vorher unzähligemal versichert hat, daß sie nichts sagen darf, schon im Abgehen noch ins Ohr, daß der schlimme Steuerdirektor gar nicht wegen der Heiratsgeschichte, gar nicht wegen der Feldwebelstochter, sondern wegen seiner mangelnden Begeisterung für die schneidige Polenpolitik gegangen wurde.

Damit hat die Regierung eigentlich alles gesagt, und was sie noch für sich behält, das kann nichts weiter sein, als die Beweise für diese Behauptung. Wahrscheinlich hat sie gute Gründe, diese Beweise nicht „vorzeitig“ der Oeffentlichkeit zu unterbreiten, sondern sie dem wohlwollenden Blicke der Mameluckenmehrheit ihres Dreiklassenparlaments zuerst vorzulegen. Die Kritik der Oeffentlichkeit möchten diese Beweise schlecht überstehen, hat sie aber erst die willige Mehrheit des Landtags approbiert, so kann die Regierung ja gegen die Oeffentlichkeit wieder die Unnahbare spielen und Rheinbabens Portefeuille ist gerettet. Ob auch das Ansehen der Regierung, das ist allerdings eine andere Sache!

Aber halten wir uns einmal vorläufig an das, was wir jetzt erfahren. Die Regierung leugnet, sie weist die Behauptung von sich ab, daß sie den Regierungsmechanismus zur Wahrung der heiligen Standesvorurteile der höheren Bureaukraten in Bewegung gesetzt hat. Sie hat also doch eingesehen, daß sie das Eingestehen einer solchen Handlungsweise vorgeben lächerlich machen würde. Das ist doch schon etwas — gewissermaßen eine Verbeugung vor der öffentlichen Meinung, die dem Grafen Bülow freilich in den Kreisen der oberen Zehntausend sehr verdacht werden wird. Aber wie ist's mit der Ausrede? Sie steht auf sehr schwachen Füßen. Nicht bloß, weil die Angaben der Denkschrift Löhnings in so unlösbarem Widerspruch zu ihr stehen, sondern vornehmlich auch, weil sie innerlich unwahrscheinlich ist. Löhnig war kein politischer Beamter, hatte mit der Ausführung der Maßregeln, die die Regierungsweisheit gegen die Polen für gut befindet, nichts zu thun, und hat zudem niemals öffentlich seine Abneigung gegen die schneidige Polenpolitik kundgegeben. Wenn die Regierung alle Beamten, die nicht mit allen ihren Maßregeln einverstanden sind, entlassen wollte, so wäre kein Beamter seines Postens sicher. Und wie ist es, wenn die Regierungsanschauungen so sehr und so schnell wechseln, wie auf dem Gebiete der Polenpolitik? Da hätten zur Zeit Caprivis alle Beamten gehen müssen, die so dachten, wie jetzt Herr Löhning! Und nun bedenke man erst die Nachsichtigkeit der Regierung gegen offen rebellierende politische Beamte, wie die kanalfeindlichen und landbundfreundlichen Landräte!

Kurz, die Ausrede ist unglaubwürdig. Auf die Stützen, die ihr Rheinbaben im Landtage zu geben versuchen wird, darf man begierig sein.

Uebrigens kommt gleichzeitig mit der offiziösen „Aufklärung“ eine nichtoffiziöse, die allerdings nicht ganz mit ihr übereinstimmt. Der fromme Reichsbote erhielt eine Posener Zuschrift, die erklärt, daß der Grund der Entlassung des Steuerdirektors allerdings in der Heirat Löhnings zu suchen ist, aber nicht, weil die Frau eine Feldwebelstochter ist, sondern aus ganz anderen, hochsittlichen Gründen. Die Zuschrift sagt darüber:

„Herr Löhning ist 58 Jahre alt und besitzt aus seiner ersten Ehe eine mindestens 30jährige, unverheiratete Tochter, die ihm den Haushalt führte. Bei dieser Sachlage nahm sie wir und Welche, in welcher der an der Schwelle des Greisenalters stehende Mann nach dem Tode seiner zweiten Frau in den letzten Wintern auf der Schlittschuhbahn und auch in Gesellschaften jungen wohlgebildeten Mädchen den Hof zu machen pflegte, Lächeln und Kopfschütteln hervorrief. Noch mehr Befremden erregte es, als allmählich die Kur des Verkehrs des Herrn Löhning in dem hiesigen Verein deutscher Marbaliten bekannt wurde. Nicht als ob man es ihm verdacht hätte, daß er die Neigungen dieses ganz überwiegend aus Subalternbeamten, Volksschullehrern und kleinbürgerlichen Familien bestehenden Vereins überhaupt befriedigte. Allein die Art, in welcher der bald 60jährige Mann den mit hübschen Töchtern dieser Familien bis in die Nacht hinein tanzte, wurde als mit den Rücksichten, die er seinem Amt und seinem Alter schuldete, nicht verträglich empfunden. Freilich wurde dieser Verkehr weiteren Kreisen erst nach der Veröffentlichung der Verlobung des Herrn Löhning mit der etwa 20jährigen Tochter einer dieser Familien bekannt. Tun aber nunmehr diese Verlobung ebensowohl, wie das vorhergegangene Auftreten des Herrn Löhning in dem genannten Verein allgemeinen Anstoß erregte, kann niemandem zuwiderlaufen. Aber nach deutscher Art eine höhere Vorstellung von dem Wesen der Ehe hat, der kann es nur als guten Sitten zuwiderlaufend ansehen, wenn ein Mann in den Jahren des Herrn Löhning aus sehr durchsichtigen Beweggründen sich nicht scheut, seiner kenntnisbildenden 30jährigen Tochter in der Person eines hübschen jungen Mädchens von 22 Jahren, das keinerlei höhere Bildung besitzt, eine dritte Mutter und Hausfrau zuzuführen. Es ist erfreut nicht dem geringsten Zweifel, daß nach dem allgemeinen Bekanntwerden dieser Verlobung und ihrer näheren Umstände Herr Löhning bei dem ganz überwiegenden Teil der deutschen Bevölkerung Posens — um mit den Worten des preußischen Disziplinargesetzes zu reden — nicht mehr die Achtung, das Ansehen und das Vertrauen besaß, die seine Stellung als Chef einer Provinzialbehörde erforderte. Hieraus erach ich für den Finanzminister die unabweisliche Notwendigkeit eines disziplinaren Einschreitens, und wenn Herr v. Bötticher — ich wiederhole es nochmals — auf Ansuchen des Herrn Löhning von freundschaftlicher Beratung diesem in vertraulicher Unterredung klaren Wein über seine unhaltbare Position einschenkte und that zuletzt, auf die ihm angebotene Pensionierung einzugehen, so wird ihm kein verständiger Mensch hieraus auch nur den geringsten Vorwurf machen können. Im Gegenteil, die gesamte deutsche Bevölkerung der Provinz, insbesondere der Beamtenstand, sollte dem Finanzminister v. Rheinbaben und dem Oberpräsidenten v. Bötticher warmen Dank dafür wissen, wenn sie den von den höchsten Stellen oft genug ausgesprochenen Grundsatz, daß die Provinz Posen, die besten Beamten verdiene, auch im vorliegenden Falle ohne Ansehen der Person praktisch zur Anwendung brachten und in schonendster Weise eine Persönlichkeit, deren Schuld kein voller blanker mehr war, aus einer einflußreichen leitenden Stellung entfernten.“

Ei, über das feine sittliche Gefühl unserer oberen Zehntausend! Diese Gesellschaft, der jede Heirat recht ist, wenn nur Rang und Besitz zu einander passen, die die offenkundigste Prostitution, sofern sie nur den kirchlichen Segen hat, mit größter Seelenruhe duldet, die hat plötzlich Gewissenskrampf angesichts der verspäteten Ehe des Herrn Steuerdirektors bekommen. Diese Gesellschaft, die den alten Mann als „interessanten“ Mann verehrt, fühlt sich sittlich bedrängt, weil ein fast Sechzigjähriger Zwölftschritt läuft und tanzt! O, über diese Komödianten!

Politische Uebersicht.

Wie sie in die Oeffentlichkeit kam.

Ueber die Veröffentlichung der Telegramme des Kaisers und des Prinz-Regenten schreibt die nationalliberale Augsburger Abendzeitung:

„Aus München wird uns mitgeteilt: Die Veröffentlichung der zwischen dem Kaiser und dem Regenten gewechselten

Kinder des Volkes.

Roman von Alfred Bock

(15. Fortsetzung.) [Nachdruck verboten.]

Auf der Straße faßte ihn der scharfe Nord, daß er nur eilsam vorwärts kam. Wo der Stadtgraben die Hintergasse durchschnitt, hielt er an. Hier war das Wasser breit und tief. Er beugte sich über das Brückengeländer.

„Mach' zu. Bist keinen Schuß Pulver wert. Ein Satz. Und bist weg!“

Ein Frösteln lief ihm über den Rücken. Puh! wie kalt!

„Jetzt nicht. Später, später!“

Er ging weiter. Die Gasse hinunter bis zum Rechneiplatz. Aus dem Plan drangen die Klänge eines Orchestrions herüber. Der Regen fiel in Strömen. Was für ein Hundewetter! Unter den Häusern hatte man mehr Schutz. Er schwenkte rechts ab, so daß er den Plan passieren mußte. Am Thürpfosten hing eine Schiefertafel. Darauf stand mit Kreide geschrieben: „Heut abend Has im Topf.“ Das las er beim Schein der Hauslaterne und spürte einen stechenden Schmerz im Magen. Bei Gott, er hatte sich den ganzen Tag keinen Bissen gegönnt. Wenn's doch Matthäi am letzten war, wollte er sich noch einmal gütlich thun.

So ging er hinein und traf fidele Gesellschaft. Er ließ sich das Stammgericht bringen und aß mit gutem Appetit. Dazu ein paar Glas Lagerbier, und das erstarrte Blut kam in Fluß. Der lange Jutt warf ein Zehnpfennigstück in das Orchestrion. Eine prickelnde Walzermelodie erklang. Mehrere Gäste sangen mit, einer stieß einen Juchzer aus. Ja, das Leben war doch schön.

Der Selbstmordkandidat bekam wieder Kurage, trank diesem und jenem zu und saß, als hätte er Pech an den Hosen. Endlich gegen Mitternacht brach er auf, leicht angezecht, doch nicht betrunken. Ziellos schlenderte er in den Gassen umher. Endlich stand er vor der Stadtern und eh' er sich dessen recht versah, stand er vor der Stadtern Haus. In der Wohnstube zu ebener Erde brannte Licht. Die Haustür war verschlossen. Er zog die Schelle. Alsbald kam seine Frau heraus und öffnete.

„Du bist's, Konrad!“ empfing sie ihn freundlich. „Hab' mir schon Gedanken gemacht, wo Du bleibst. Komm' herein!“

Er folgte ihr in die Stube.

Sie nahm ihm den Hut ab und sagte:

„Willst noch ein Schnapschen?“

Er nickte. Sie holte ihren alten Kümmel. Er trank zwei Gläschen hintereinander.

Jetzt legte sie sacht die Hand auf seinen Arm.

„Konrad, ich denk', wir vertragen uns wieder.

Seine Lippen waren wie versiegelt.

Sie dachte, Schweigen ist auch eine Antwort und wispelte besorglich:

„Gelt, Du bist müd'? Komm' zu Bett!“

Langsam seine Weste aufknöpfend, schritt er dem Schlafzimmer zu.

VIII.

Es war am dritten Advent, als Vollhardt die Botschaft erhielt, der Landtag habe den Volksschullehrern die sehnlichst erwartete Gehaltsaufbesserung zugestanden. Wahrlich, eine Freudenpost!

Als Mitarbeiter des „Schulwart“ hatte Vollhardt eine Thätigkeit entfaltet, die in den Kreisen seiner Amtsbrüder und darüber hinaus die größte Anerkennung fand. Sein letzter Artikel, der das Motto trug: „Ein jeder Arbeiter ist seines Lohnes wert“ war ein flammender Appell an den Gerechtigkeitssinn der Landboten und that vor Thorschluß seine Wirkung.

Im Geiste legte er noch einmal den Weg zurück, den er in den letzten Wochen beschritten. Alsbald von der Bewegung fortgerissen, hatte er in den vordersten Reihen derer gestanden, die für die Rechte der Lehrerschaft stritten. Nun erlebte er die Genugthuung, den Siegerpreis mit errungen zu haben.

Heut durften die Volksschullehrer im ganzen Ländchen einander die Worte des Apostels zurufen: „Freuet Euch mit den Fröhlichen!“ kämpften doch gar manche unter ihnen bei kargem Lohn mit der bitteren Not; war der Mehrzahl doch verwehrt, sich eine bessere Lebenshaltung zu gönnen! Nun waren sie von der lähmenden Sorge befreit; nun konnten sie mit voller Frische an die Arbeit gehen.

In gehobener Stimmung überlegte Vollhardt, wie er künftig seinen kleinen Haushalt behaglicher gestalte. Er würde allerlei notwendige Anschaffungen machen. Jetzt in der Weihnachtswoche war die rechte Zeit.

In der Tiefe seiner Augen leuchtete es auf. Der Theo hatte für den Christabend einen Wunschzettel geschrieben. Da hieß es am Schluß: „10. Die Lene Baumbach soll bei uns bleiben.“

Der Altklug! Hatte er etwas gemerkt? Dem mochte sein, wie ihm wollte; jedenfalls hatte er den Herzenswunsch seines Vaters ausgedrückt.

Was Vollhardt all die Zeit mit sich herumgetragen, galt ihm nun als beschlossene Sache: er würde Lene zu seiner Hausfrau machen. Hatte ihm ein freundliches Geschick in der Person der schlichten Arbeiterin einen seltenen Menschen zugeführt, so folgte er jetzt seinem Glauben, der ihm im Bund mit dem lieben Mädchen ein spätes, aber echtes Glück verhieß.

In der Stadt würden die Mäuler wie die Flachsbrechen gehen. Sie würden kein gutes Haar an Lene lassen; sie würden auch ihn verlästern. Immerhin! Er war bisher seinen eigenen Weg gegangen und dachte nicht daran, die Richtung zu ändern. Er hatte den Wert des Mädchens erkannt. Daß sie ein Armeleutkind war, gereichte ihr wahrlich nicht zur Schande. Und was ihr an äußerer Kultur gebrach, wog ihre innere Bildung reichlich auf.

Als sei ihm sein Stübchen heut zu eng, öffnete er das Fenster. Am klaren Winterhimmel stand die mittägige Sonne. Drunten auf dem Marktplatz waren die Weihnachtsbuden aufgeschlagen; Kauflustige gingen ab und zu. Sein scharfes Auge entdeckte Lene, die in Hast seinem Haus zuschritt. Ihn schwante, was sie gegen ihre Gewohnheit mitten in der Tageszeit zu ihm führte. Gestern hatte er der Bellaften einen Krankenbesuch abstatten wollen und fand eine Sterbende, die

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19020818/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Depeschen ist, wie man erfährt, von Berlin aus ohne weiteres Einvernehmen mit München erfolgt. Von hier aus (von München) sei jede Mitteilung an die Presse vermieden worden, da man der Sache als einer vorläufigen Angelegenheit der beiden Souveräne betrachte. Freilich ist sie durch die Veröffentlichung aus diesem engen Kreise herausgehoben, wie am deutlichsten das Echo gezeigt, das die Bekanntgabe in der öffentlichen Meinung erzeugte. Ist nun auch obige Meldung aus München richtig, so ist die Sache nicht ganz geklärt, denn das Wolffsche Bureau leitet seine Bekanntgabe der beiden Depeschen mit den Worten ein: „Wie uns aus München erfahren." Leider sind uns, und wie wir sehen, auch der übrigen bayrischen Presse, diese beiden Worte „aus München" vom Süddeutschen Korrespondenzbureau in München nicht mitgeteilt worden. Aus welchem Grunde, wissen wir nicht. Eine andere Frage, die sich zu gleicher Zeit erhebt, ist die nach dem Zweck und der Absicht der, wenn wir vorhin einmal vom Berlin aus erfolgten Veröffentlichung. Wie die politische Konstellation in Deutschland heute ist, können wir nicht entdecken, zu welchem Endzwecke diese oberste Stelle streitig des „herrschenden" Zentrums geschehen sein könnte, und das um so weniger, weil man gerantiage keine Garantien hat, daß, wenn damit neue Wege eingeschlagen werden sollten, diese auch stetig verfolgt werden!

Im Gegensatz zu dieser Meldung steht die Behauptung des Berliner sti. Journals, wonach Graf Bülow den Petitgrenzen, der die Depesche des Kaisers zunächst als privat behandelte, um die Erlaubnis zur Veröffentlichung derselben erfuhr.

Diese Behauptung ist daher mit großer Vorsicht aufzunehmen. Viel wahrscheinlicher ist es, daß Bülow die Depesche erst nach ihrer Veröffentlichung kennen lernte.

Die Kreuzztg. schreibt: Mit vollem Rechte wird man die Frage aufwerfen müssen, ob es zweckmäßig war, den Telegrammwechsel zu veröffentlichen. Denn erst hierdurch hat die Angelegenheit einen politischen Charakter erhalten. Wir wissen nicht, wer dazu den Anlaß gegeben hat, können aber nicht umhin, zu erklären, daß es nach unserer Auffassung besser gewesen wäre, wenn die Veröffentlichung unterblieben wäre. Die Darlegung der Gründe können wir uns ersparen; diese werden unseren Lesern auch ohne unsere Belehrung zum Bewußtsein kommen.

Deutsches Reich.

Berlin, 18. August. Die „Burentaktik" wird jetzt im deutschen Heere geübt. Aus Mainz wird vom Sonnabend gemeldet: Bei den heutigen Truppenübungen, denen Kaiser Wilhelm beiwohnte, fand ein größeres Feuergefecht mehrerer Infanterie-Regimenter gegen einander mit Artillerie und Kavallerie auf beiden Seiten statt. Die Infanterie wendete beim Vorgehen zeitweise eine neue, sehr zerstreute Gefechtsweise, die sogenannte Burentaktik, an.

— Ueber die Arbeiter-Witwen- und Waisenversicherung sagt eine offiziöse Kundgebung. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Zeitpunkt, um in verantwortlicher Weise die Forderung der Witwen- und Waisen-Versorgung der Arbeiter in die Aufgaben des Reiches zu übernehmen, noch nicht gekommen ist, sondern daß frühestens daran im Zusammenhange mit der Neuregelung der Finanzverhältnisse des Reichs herangetreten werden kann, die nach dem Abschluß der Verhandlungen über den Zolltarif und die Handelsverträge in Aussicht steht. Bis dahin wird man sich bei Konstatierung des grundsätzlichen Einvernehmens der gesetzgebenden Faktoren des Reiches damit begnügen müssen, daß, sobald die finanziellen Verhältnisse des Reiches es gestatten, die Reichs-Arbeiterversicherungs-Gesetzgebung durch die Fürsorge für die Witwen und Waisen der Arbeiter unter finanzieller Mitwirkung des Reiches zu erfolgen haben wird. — Der Rede Sinn ist, daß die Arbeiterschaft die Versicherung durch Uebernahme neuer indirekter Steuerlasten erkaufen soll.

— Dem Milchring, der einst ausging, das Milchversorgungsmonopol für Berlin zu erobern, geht es schlecht. Unter anderen Anzeichen liegt jetzt eine amtliche Kundgebung auf das Ende des Milchkrieges vor. Der soeben erschienene Nachtrag zu dem Berliner Fernsprech-Verzeichnis führt in der Rubrik „zu streichen mit sämtlichen Angaben" die Zentrale für Milchverwertung m. Von den 36 Anschlüssen, die die Zentrale in Berlin unterhielt, sind nicht weniger als 30 gestrichen worden, und ebenso sind von den Anschlüssen Charlottenburg, Rixdorf und Schöneberg nur je eine Teilnehmerstelle in Charlottenburg und Rixdorf erhalten geblieben. — Das deutet auf großen Talles!

— Städtische Gelder sollen wieder beim Besuche des Königs von Italien verausgabt werden für die „würdige Ausschmückung" der Straßen und Plätze. Der Magistrat hat am Freitag die Pläne des Stadtbaurats angenommen. Die Gelder, deren Höhe nicht genannt wird, sollen dem Repräsentationsfonds entnommen werden.

Vorbereitungen zum Kaiserbesuch in Posen. Nach der Pos. Ztg. wird die Posener Schutzmannschaft um 105 Schutzleute, 8 Wachtmeister und 2 Kommissare, die aus Breslau kommen, verstärkt. In der Begleitung des Kaisers werden sich auch Lord Roberts und der englische Kriegsminister Brodrick befinden. Eine größere Zahl städtischer Schulen in Posen sollen für die Kaisertage zum Teil in Kammern und Bureaus für das Militär umgewandelt werden. In diesen Schulen wird der Unterricht vom 26. August bis einschließlich 8. September ausgesetzt. Auch die nicht für das Militär in Anspruch genommenen Schulanstalten schließen für die Tage vom 2. bis 1. September. An der Spalierbildung am 3. September sollen, nach der Pos. Ztg., nicht nur sämtliche Schulen der Stadt Posen, sondern auch Schulanstalten aus der Provinz, die sich selbst aus ihren entlegensten Teilen angemeldet haben, teilnehmen. Das Blatt hofft, daß „alle Teilnehmer, Jung und Alt, auf der langen Strecke vom Generalkommando bis zum neuen Hebammen-Institut an der Feldstraße aufgestellt werden können".

Alle Schulen werden an der Spalierbildung teilnehmen. D. h. sie werden dazu kommandiert!

Zentrumsköder. Wegen der Schwierigkeiten, die dem Zentrum durch die reichspolitischen Kämpfe entstanden sind, wird in seiner Presse eine Revision der für die Wahlarbeit bestimmten Parteiorganisation empfohlen. Es wird vorgeschlagen, in die Wahlausschüsse, in denen das flache Land vorwiegend durch Großgrundbesitzer vertreten sei, einerseits möglichst viele Kleinbauern, anderseits aber industrielle Arbeiter aufzunehmen.

Ob dieses Zusammenarbeiten die Gegensätze verkleistern kann? Jedenfalls zeigt der Vorschlag, wie niedrig bisher die Stellung der Arbeiter in der Zentrumspartei war.

Die militärische Demonstration für den Duellbelden Oberleutnant Hildebrandt bei der Rückkehr zu seinem Regiment in Gumbinnen wird in der Germ. von militärischer Seite unter dem Gesichtswinkel der Bestimmungen des Militärstrafgesetzbuches untersucht; es heißt da: „Hat die Demonstration in der angegebenen Weise stattgefunden — mit einem Spitzenreiter und einer Eskorte in Paradeuniform mit Helm und Haarwuchs und einer Schützenkette — so liegt, vorausgesetzt, daß die Eskorten aus Untergebenen bestanden, ein Mißbrauch der Dienstgewalt vor. § 111 Mil.-St.-G.-B. verbietet, „die Dienstgewalt über einen Untergebenen zu Befehlen oder Forderungen, die in keiner Beziehung zum Dienst stehen, oder zu Privatzwecken zu mißbrauchen". Zuwiderhandlungen werden kriegsgerichtlich geahndet; §§ 16, 17 M.-St.-G.-B. Der Gerichtsherr — Divisionskommandeur — hat, sobald er von dem Verdacht einer militärgerichtlich zu verfolgenden strafbaren Handlung Kenntnis erhält, ein Ermittelungsverfahren anzuordnen; § 156 M.-St.-G.-B. Dies die juristische Seite des „Falles", über die unmöglich Zweifel bestehen können."

Man darf wohl, so schließt der militärische Gewährsmann der Germ. — das Vertrauen zu den zuständigen Behörden haben, daß die Sache ihre gesetzliche Erledigung findet. — Nun! Warten wir mal ab!

Chronik der Majestätsbeleidigungsprozesse. Der Redakteur Flössel aus Beuthen, der sich vor acht Jahren einem Majestätsbeleidigungsprozeß durch die Flucht nach Amerika entzog, aber vor einem halben Jahre sich in Aachen stellte, stand am Sonnabend vor der Beuthener Strafkammer, wo das Verfahren gegen ihn eingestellt wurde.

Oesterreich-Ungarn.

Die Ausgleichsverhandlungen der beiden Ministerpräsidenten in Ischl, die unter dem Vorsitz des Kaisers stattfanden, haben kein endgültiges Resultat ergeben. Bis zur vollständigen Verständigung soll noch ein weiter Weg sein. Als günstigster Erfolg der Verhandlungen wird bezeichnet, daß beide Ministerpräsidenten für die Fortsetzung der Verhandlungen einen sehr nahen Termin festsetzen, und zwar den 22. August, an welchem Tage die Konferenzen unter Zuziehung der beiderseitigen Ressortminister in Wien oder Budapest wieder aufgenommen werden sollen.

Die ewige Verständigungsaktion. Wie aus Wien verlautet, soll die deutsch-tschechische Verständigungsaktion gegen Mitte September vom Ministerpräsidenten v. Körber wieder eingeleitet werden.

Die Juni-Ereignisse in Lemberg vor Gericht. Wie der Wiener Arbeiter-Zeitung vom 16. August aus Lemberg gemeldet wird, galt die Verhandlung dieses Tages den Ereignissen, die dem blutigen Zusammenstoß auf dem Schützenplatz unmittelbar vorhergingen. Es sind dies „Störungen der öffentlichen Ruhe", die darin bestanden haben sollen, daß Arbeitende an ihrer Arbeit behindert wurden.

Den Angeklagten wird vorgeworfen, daß sie infolge der Streikzwischenfälle diese Ausschreitungen begangen hätten. Sie erklärten sich jedoch alle für nichtschuldig. Als Zeugen werden vorwiegend Polizeiagenten, Polizeisoldaten und schließlich auch Polizeikommissare vorgeführt, die teilweise konform der Anklage aussagen, teilweise aber auch zugeben, daß die Behauptungen der Anklage nicht richtig sind. Infolge der entlastenden Aussagen trat der Staatsanwalt schließlich von der Anklage zurück.

Damit ist bewiesen, daß die „Sicherheitsvorkehrungen", die schließlich zu dem Gemetzel führten, ganz unnötig waren.

Abermals eine Korruptionsaffaire in Ungarn. Aus Budapest wird berichtet: Großes Aufsehen erregt hier die Affaire des Leiters der Industriesektion im Handelsministerium, Ministerialrats Szterenyi, gegen den der Handelsminister unter vorläufiger Enthebung von seiner bisherigen Funktion die Disziplinaruntersuchung anordnete. Szterenyi, der ein Jahrzehnt einer der einflußreichsten Beamten des Handelsministeriums war, hatte zahlreiche Feinde, und seine Amtsführung wurde besonders bei Verteilung der Industriebegünstigungen wiederholt verdächtigt. In den letzten Tagen erhoben mehrere Blätter eine schwere Anklage gegen ihn, und der auch zur Regierungspartei gehörige Abgeordnete Gyarfy schrieb an den Handelsminister einen Brief, der von Beleidigungen gegen Szterenyi strotzte. Hierauf gab dieser die Erklärung ab, daß er zur Klärung der Sache selbst gegen sich die Disziplinaruntersuchung gefordert habe. Die Angelegenheit soll darauf zurückführen sein, daß Szterenyi den von Gyarfy empfohlenen Ankauf von 3000 Spinnmaschinen für die Szekler Hausindustrie hintertrieb.

Frankreich.

Eine Revanchierede hat der Kriegsminister General André gehalten. Er hat bei irgend einem Festbankett in Villefranche zu den Delegierten von Belfort gesagt: „Diese Fahne Belfortis von 1871 soll nun entfaltet werden, um der französischen Nation zu verkünden, daß die Stunde des großen Krieges geschlagen habe, und daß alle Franzosen verpflichtet sind, für die Aufrechterhaltung der Integrität ihres Vaterlandes voll und ganz einzutreten." Das ist eine Phrasenhaschelei, deren sich kein Nationalist zu schämen hätte. Weil sie aber ein Minister gebraucht hat, beschäftigen sich viele deutsche Blätter mit der „kriegsdrohenden Rede" und meinen, es würde darin die Mißstimmung über die Kaiserzusammenkunft in Reval laut. Pariser Blätter dagegen meinen, André habe mit seiner Kraftanwendung den Nationalisten in ihrer im Kampfe für die Pfaffenschulen gesteigerten Agitation mit einer demagogischen Anrufung des Revanchegegen entgegenwirken wollen. Uns scheint das der Wahrheit näher zu liegen. Im übrigen ist André einer der heillosesten Schwätzer, die der Erdboden trägt, und seinen Worten ist wenig Gewicht beizulegen.

England.

Die Burengeneräle Botha, De Wet und Delarey sind in England angekommen und haben sich begeisterte Kundgebungen der Engländer gefallen lassen müssen. Auch zum König und zur Krönungsflottenparade hat man sie geschleppt, anscheinend haben sie gehofft, sich davon drücken zu können. Aber England hat auf seine Opfer nicht verzichtet — ähnlich wie die römischen Imperatoren die Edelsten der Unterworfenen im Triumphzuge mit sich führten, so schleppt England die Führer der Besiegten zu seinen Festen.

Am Sonnabend trafen die Generale in Southampton ein. Sie wurden bei ihrer Ankunft begeistert begrüßt, worauf sie sich an Bord der Rhetia begaben und daselbst von Lord Kitchener bewillkommnet und Lord Roberts und Chamberlain vorgestellt wurden. Von dort fuhren sie, ohne daß sie, wie man erwartete, an der Flottenparade teilgenommen hatten, nach London, wo ihnen ebenfalls ein begeisterter Empfang bereitet wurde. Eine gewaltige Menschenmenge begrüßte sie. „Der gute alte De Wet und alle die tapferen Feinde von ehemals sind unsere Freunde" hörte man häufig unter den Zurufen. De Wet war durch die begeisterte Menge ernstlich bedroht und mußte von der Polizei befreit werden. Sie bahnte ihm mit Aufgebot einer starken Macht den Weg von dem Salonwagen. Die Generale erwiderten die Kundgebung durch Abnehmen des Hutes, lehnten es aber ab, zu sprechen. Schließlich waren die Generale gezwungen, hinter dem Zuge den Bahnhof zu verlassen, aber die Menge folgte ihnen und begleitete den Wagen, welcher sie zu ihrem Hotel brachte.

Die Generale entschuldigten ihr Fernbleiben von der Flottenparade mit Ermüdung, erklärten aber, sie würden den König gern sehen. Man hat ihnen dann aber wohl mit Einladungen so dringend zugesetzt, daß sie höchstwahrscheinlich, um die Stimmung für ihr Volk günstig zu beeinflussen, am Sonntag nach Cowes fuhren und an der Parade als Gäste des Königs teilnahmen, der sie auf seiner Yacht empfing. Sonntag nachmittag sind sie nach London zurückgekehrt.

Parteitag
der deutschen sozialdem. Arbeiterpartei in Oesterreich.

(Fortsetzung aus der Beilage.)

Aussig a. d. Elbe, 17. August 1902.

Vormittagssitzung.

Die Debatte über die parlamentarische Thätigkeit und die Parteitaktik wird fortgesetzt.

Brod-Wien: Obgleich die Fraktion klein ist, zeigt sie doch nicht in allen Fragen eine einheitliche sozialdemokratische Auffassung. Genosse Pernerstorfer (Zuruf Pernerstorfers) — ich behandle ihn wie einen Genossen, denn wäre er nicht Genosse, so brauchte er sich das nicht gefallen zu lassen (Große Heiterkeit.) — erregt Partei in dem Kampf zwischen den Deutschnationalen und den Tschechen zu Gunsten der Deutschnationalen. Die Milch der Mutter Germania ist ihm zu Kopf gestiegen. (Heiterkeit.) Wenn die beiden sich streiten, sollten wir den lachenden Dritten spielen. Die Deutschnationalen, die willegewordenen Sachsenbürger, sind noch schlimmer als die Christlich-Sozialen. Der Genosse Ellenbogen neigt zu Kompromissen. Wenn aber ein Abgeordneter nur ausschließlich von Arbeitern gewählt wird, dann ist er gezwungen, keine bürgerlichen Wählern Konzessionen zu machen. (Widerspruch.) Das Bürgertum ist eine reaktionäre Masse. Unsere Parteileitung sollte eine streng proletarische Taktik befolgen und nicht Kompromißeleien.

Polke-Wien kann sich der Kritik an der Fraktion nicht anschließen. Die Angst vor Kompromissen sei ganz thöricht. Wir müssen etwas erreichen, die christlich-soziale Mehrheit im Landtag muß zertrümmert werden. (Zustimmung.) Das können wir nicht aus eigener Kraft, wir brauchen ein Bündnis mit den Fortschrittlern und dürfen nicht so zimperlich sein. (Beifall.)

Fieth-Dachau bedauert, daß im Parlamente nichts errungen worden sei. Unsere Abgeordneten haben durch ihr kräftiges Eintreten manchen Vorteil für die Arbeiter errungen. Nicht der Lärm ist das wichtigste.

Bartel-Karlsbad: Die Mißstimmung, die unter einem Teil der Arbeiter herrscht, ist ein Ausdruck der allgemeinen Verdrossenheit gegenüber dem politischen Leben. (Sehr richtig!) Die Fraktion trifft keine Schuld.

Hueber-Wien weist als Vertreter der Gewerkschaftskommission auf eine Aktion hin, die im Herbst dieses Jahres mit Unterstützung der Partei von den Gewerkschaften ausgehen soll, um sich die nötige Bewegungsfreiheit zu sichern. Redner erinnert an die Entscheidungen des Reichsgerichts und die Praxis der Verwaltungsbehörden. Eine mächtige Organisation mit einer Streikversicherung hat das Unternehmertum gebildet, um jeden Versuch, die Lage der Arbeiter zu verbessern, im Keime zu ersticken. Bei diesen Kämpfen muß Licht und Schatten gerecht verteilt sein. Ein Gesetzentwurf zur Reform des Vereins- und Versammlungsrechtes in Oesterreich wird von der Gewerkschaftskommission ausgearbeitet und der Fraktion überreicht werden. Wenn wir nun in Volksversammlungen das Preßrecht, das Vereins- und Versammlungsrecht und die Invalidenversicherung in Verbindung mit dem Antrag behandeln, dann werden wir eine starke Bewegung ins Leben rufen. (Beifall.)

Eine Resolution ist eingelaufen, die der Fraktion vollen Dank und Anerkennung ausspricht.

---

ihn nicht mehr erkannte. Wahrscheinlich hatte sie ausgeglitten, und ihre treue Pflegerin brachte die Todesnachricht.

Er ging Lene bis zum Vorplatz entgegen und geleitete sie in sein Arbeitsstübchen. Seine Ahnung hatte ihn nicht betrogen; die Vielgeliebte war einem zweiten Anfall erlegen.

Sie sprachen von der Verstorbenen, die ihnen beiden teuer gewesen war. Ihre kleinen Eigenheiten und zuweilen ihre Derbheit hatte man um ihrer Selbstlosigkeit, um ihres Biedersinns willen gern ertragen. Sie hatte in ihrem langen Leben schier kein Mittelchen an sich gedacht, war immer nur darauf ausgegangen, anderen Gutthaten zu erweisen. Jetzt, da sie entschlafen war, lief sie keinen Feind zurück.

„Leid und Freud' wollen eng beisammen," sagte Vollhardt, dem Gespräch eine andere Wendung gebend. „Mir ist heut wie dem Vogel im Hanfsamen. Seit einer Stunde weiß ich für gewiß, daß sie uns Lehrern drunten im Landtag eine Zulage bewilligt haben. Das macht viel aus. Nicht als ob man Aufwand treiben könnte. Gott bewahre! Aber für ein behaglich' Leben reicht's."

Er ging ein paarmal auf und ab und blieb dann, mit der Linken sich leicht auf den Schreibtisch stützend, Lene gegenüber stehen.

„Ich denke nun auch daran, mich ein bißchen bequemer einzurichten. Es fehlt hier und da; na, Sie wissen Bescheid. Wenn's so weit ist, daß ich meine Einkäufe mache, sollen Sie mir helfen, Lene."

„Gern, Herr Lehrer, wann ich kann."

„Im Vertrauen gesagt, das Essen aus dem „Adler" schmeckt mir nicht mehr. Es geht doch nichts über die Kost im Haus."

„Das ist wahr, Herr Lehrer."

Eben drum will ich wieder meine eigene Küche."

„Da müssen Sie sich halt jemand nehmen, Herr Lehrer."

Ein heller Schein flog über sein Gesicht.

„Ich hab' schon jemand, Lene. Sagen Sie ja!"

„Ich thät's schrecklich gern," versetzte sie mit klopfendem Herzen; „aber ich kann doch von meinem Kind nicht fort."

„Da giebt's einen Ausweg; Sie bringen das Marlchen mit."

Aus ihren Augen brach ein warmer Glanz.

„Sie sind grundgut, Herr Lehrer! Was thäten aber die Leut' schwatzen, wann ich mit meinem Marlchen zu Ihnen kam'? Nein, Herr Lehrer, das schickt sich nicht. Sie finden gewiß eins, das für Sie kocht."

Er näherte sich ihr.

„Mit dem Kochen allein ist's nicht gethan. Ich brauch' eine brave Frau und mein Theo eine gute Mutter. Gerad' heraus, Lene. Sie sind die Rechte!"

(Schluß folgt.)

Heiteres.

Zwei Juden aus Russisch-Polen wandern nach Amerika aus. Auf der langen Seereise vertreiben sie sich die Zeit in derselben Weise, wie sonst auf dem heimatlichen Marktplatze, wandern auf dem Zwischendeck auf und nieder und „klaren", d. h. sie erörtern allerhand schwierige religiöse Fragen oder geben einander hochwichtige, zum Teil unmöglich zu lösende Rätsel auf. „Also, lieber Jankel," sagt der eine, „wenn der Schiff ist lang 375 Fuß, breit 80 und tief 40, wie alt muß sein der Kapitän?" — „Das ist nicht leicht," erwidert Jankel, „aber wart' bis morgen, ich werd' mer besinnen und rechnen." — Am anderen Tage zur gewohnten Stunde tritt Jankel auf seinen Reisegefährten zu: „Also wie hatte gesagt, lang soll der Schiff sein 375 Fuß, 80 breit und 40 tief? Dann muß der Kapitän alt sein 17 Jahr, zu gesund bis 100!" — „Wie hast das ausgerechnet, Jankel?" — „Ich hab'n jetragen!"

(Simplicissimus.)

Die Sammlung geflügelter Advokatenworte ist, wie aus Paris berichtet wird, dieser Tage im dortigen Justizpalaste durch einen jungen Anwalt bereichert worden, der eine Angeklagte gegen die Beschuldigung, Beleidigungen ausgestoßen und sich thätlich vergangen zu haben, verteidigte. „Wenn die Beklagte im Zorne gerufen hat: ‚Sperr' Dein Maul zu!', so ist das offenbar ein Beweis dafür, daß die Zivilpartei dieses gezeichnet hatte!" plaidierte er mit Feuereifer. Dem Gerichtshofe imponierte diese unwiderlegliche Logik dermaßen, daß er es bei dem geringsten Strafsatze — 16 Franken Buße — sein Bewenden haben ließ.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19020818/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Brod beantragt einen Zusatz, der die Parteileitung ermahnt, immer eingedenk zu sein, daß die Befreiung des Proletariats nur das Werk des Proletariats selber sein kann, daß alle bürgerlichen Parteien uns gegenüber eine reaktionäre Masse seien, und daß ein Kompromiß mit bürgerlichen Parteien, durch das nur unsere Partei kompromittiert werden kann, künftighin vermieden werden muß.

Schuhmeier-Wien: Bei der Kritik an der Fraktion ist nicht das geringste herausgekommen, weil ihr gar keine Tatsachen zu Grunde liegen. Mißstimmung ist vielleicht in einzelnen Wahlkreisen vorhanden, nämlich in denen, wo die Vertrauensleute nicht gewußt haben, was sie zu tun haben. Es ist in diesen zwei Jahren überall eine sehr lebhafte Agitation entfaltet worden. Das vielverlästerte Wien hat für die Arbeiterzeitung eine ausgezeichnete Agitation entfaltet und eine sehr gute Organisation hierfür geschaffen. — Den Brodschen Antrag kann man nicht gut ablehnen; ein Mißtrauensvotum wird niemand darin sehen, aber furchterlich überflüssig ist er. (Bravo!)

Mukitsch-Graz kann den Jammer über die zurückgehende Parteibewegung nicht teilen. Die Unzufriedenheit über ein zu langsames Vorwärtsschreiten entspricht nicht den Tatsachen. Der Grazer Wahlkreis ist nur wegen der wirtschaftlichen Depression, der Einschränkung der Grazer Fahrradindustrie, der Abwanderung Tausender von Bergarbeitern zuzuschreiben. Ein sehr erfreuliches Zeichen ist es, daß die Gewerkschaftsorganisation trotz der Krisis nur wenig an Mitgliedern verloren hat. Retel ist eine Entgleisung passiert, als er behauptete, die Fraktion hätte zu dem Zustandekommen des Neunstunden-Gesetzes für die Bergarbeiter nicht viel beigetragen. Von einer Verschärfung des Klassenkampfes, wie Dr. Stark behauptet, ist nicht die Rede. Er ist besonders ungeeignet, derartige Vorwürfe zu erheben. (Lebhafte Zustimmung.)

Low-Karlsbad: Der vierte böhmische Wahlkreis ist nur verloren gegangen, weil die Parteileitung nicht rechtzeitig eingegriffen hat. (Widerspruch.) Sie hätte einen Mann hinschicken müssen, der die zerfahrene Tätigkeit zusammengefaßt hätte.

Schäfer-Reichenberg findet alle Angriffe gegen die Parteileitung und Fraktion unbegründet.

Dr. **Czech**-Brünn stellt folgende zwei Anträge:

1. Der sozialdemokratische Verband wird aufgefordert, darauf zu dringen, daß der von der Regierung vorgelegte Pensacker-Entwurf in der nächsten Session des Parlaments zur Verhandlung gelange und im Sinne unserer Prinzipien abgeändert und ausgestaltet werde.

2. Der sozialdemokratische Verband wird aufgefordert, alljährlich zu jedem Parteitage einen ausführlichen und detaillierten Tätigkeitsbericht (nach dem Muster unserer reichsdeutschen Fraktion) zu erstatten und in Druck legen zu lassen. Gleichzeitig wird die Parteivertretung ersucht, die zu diesem Zwecke notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen und für die weiteste Verbreitung dieses Tätigkeitsberichts Sorge zu tragen.

Der erste Antrag Czech wird zu Punkt „Presse" zurückgestellt.

Brod-Wien erhebt noch gegen die Fraktion den Vorwurf, daß sie es einem bürgerlichen Abgeordneten überlassen habe, die Freilassung der Arbeiterfahrkarten von der Fahrkartensteuer zu beantragen.

Schuhmeier erwidert, daß die Partei es aber zulassen müsse, wenn auch ein bürgerlicher Abgeordneter einen klugen Einfall habe. (Große Heiterkeit.)

Damit schließt die Diskussion.

Parteiangelegenheiten.

Im Sozialdemokratischen Verein für den zweiten Hamburger Wahlkreis wurden folgende Anträge zum Parteitag angenommen: 1. daß auf dem Parteitag nur die von den Parteigenossen gewählten und mit Mandat versehenen Delegierten stimmberechtigt sind; 2. Der Parteitag möge beschließen, daß die Fraktion bei Beratung der Arbeiterversicherungsgesetze dafür eintritt, daß alle Personen, welche gegen Gehalt oder Lohn beschäftigt sind, der Versicherungspflicht unterliegen, wenn der Verdienst 2000 Mark pro Jahr nicht übersteigt. — Eine längere Debatte entspann sich über die Einrichtung der Pensionsanstalt für die Parteiangestellten, da von einem Redner Einwendungen gegen die bereits beschlossene Leistung von Beiträgen aus den Mitteln des Parteigeschäfts gemacht wurden. Ein als Mitglied der Preßkommission begründete in längeren Ausführungen die Berechtigung und Notwendigkeit dieser Beitragsleistung und ihm schlossen sich sämtliche übrigen Redner an.

Kleine Parteinachrichten. Einen glänzenden Gemeinderatswahlsieg errangen am Donnerstag unsere Genossen in Ilmenau. Genosse Emil Hoffmann siegte trotz heftigster und skrupellosester Agitation unserer Gegner diese mit 329 gegen 303 Stimmen bei einer Ersatzwahl. Er zieht als fünfter Arbeitervertreter in den Gemeinderat ein. — Die Eröffnung der ersten sozialdemokratischen Arbeiteraustellung in Oesterreich fand in Prag am 16. August statt, bei der 3000 Personen anwesend waren. Die Vertreter des Landes und der Regierung fehlten; nur der Bürgermeister Erb und einige Prager Stadtverordnete hatten sich dazu eingefunden. — Genosse Albrecht-Halle wurde auf der Kreiskonferenz des Reichstagswahlkreises Anhalt II (Bernburg) einstimmig zum Kandidaten für die bevorstehende Reichstagswahl proklamiert.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Zur Bauarbeiterbewegung. Die Bauarbeiter in Berlin haben im Laufe voriger Woche einige Erfolge zu verzeichnen. Außer verschiedenen kleineren Unternehmern hat auch die Firma Weile auf zwei Bauten bewilligt, so daß zirka 80 Mann mehr wie bisher zu den neuen Bedingungen arbeiten. — Eine stark besuchte Bauarbeiterversammlung, die gestern in Köln stattfand, beschloß, sich mit den Ausbilfsarbeitern, die wegen Lohnerhöhung in den Ausstand getreten sind, solidarisch zu erklären und Montag überall die Arbeit niederzulegen, wo die Forderungen der letzteren nicht bewilligt werden, auch wenn die Forderungen der Maurer, die seit einiger Zeit selbst in einer Ausstandsbewegung sind, bewilligt werden. Einen gleichen Beschluß faßten die Organisationen der Zimmerleute und Stukkateure. Gleichzeitig hielt die Kölner Baugewerbe-Innung eine außerordentliche Generalversammlung ab, in welcher der Beschluß gefaßt wurde, über die zuletzt bewilligte, aber den Forderungen der Arbeiter nicht entsprechende Erhöhung der Löhne nicht hinauszugehen. — Die Zahl der Streikenden in Barmen ist bereits auf 100 gestiegen. Infolge der schroff ablehnenden Haltung der Unternehmer ist die Arbeit fast überall einmütig niedergelegt worden. — In Bohwinkel bei Elberfeld haben die Maurer die Arbeit niedergelegt. Sie verlangten den in Elberfeld üblichen Stundenlohn von 46 Pf.

Zum Hamburger Droschkenkutscherstreik. Die polizeiliche Droschkenordnung, welche die Ursache des Streiks ist, bildete schon seit längerer Zeit den Gegenstand von Eingaben der Droschkenbesitzer und Kutscher an die Polizeibehörde, die letztere aber zeigt sich allen Wünschen und Vorstellungen der Interessenten gegenüber unzugänglich. Noch vor wenigen Tagen sagte der zuständige Polizeirat in einer Kommission, die ihm die Wünsche der Kutscher vortrug: „Sie haben überhaupt nichts anzunehmen oder abzulehnen, sondern einfach das auszuführen, was wir verlangen." Dieses schroffe Verhalten erregte allgemeinen Unwillen. Der Streik wird sowohl von den Droschkenbesitzern wie von den Kutschern mit großer Einmütigkeit durchgeführt. Nur die unnummerierten Droschken, welche Aerzte und sonstige feste Kunden befördern, sind im Betriebe, während die numerierten Droschken, etwa 1000, dem Verkehr entzogen sind. Dieser Umstand macht sich dem reisenden Publikum recht unangenehm fühlbar. So herrschte beispielsweise am Freitag früh eine große Verwirrung am Hafen, besonders unter den Fremden, die mit dem Salondampfer Cobra nach Cuxhaven, Helgoland und Sylt abfahren wollten. Von den Hotels- und Logierhäusern traf das Gepäck mit schettischen Karren an den St. Pauli-Landungsbrücken ein. Es gab dort oft ergötzliche Szenen. Hier war das Gepäck von einem Hotel eingetroffen, aber es fehlten die Eigentümer, dort waren Passagiere angekommen, denen wieder ihr Gepäck fehlte. Es ging alles wirr durcheinander, und es gab ein Hin- und Hergefrage. Schließlich fuhr die Cobra ab und mußten viele Passagiere zurückbleiben, die wohl ein Billet für die Fahrt gelöst, jedoch zu spät an dem Ponton erschienen waren.

Wie aus Hamburg gemeldet wird, lehnten die Fuhrwerksbesitzer am Sonnabend in einer Versammlung einen Antrag ab, nach welchem der Verkehr im Interesse des Publikums bis zum 1. September wieder aufgenommen werden und danach der Ausstand wieder in vollem Umfange eintreten sollte, wenn die Polizei bis dahin keine Abänderung der Reglements genehmigt habe. Von morgen ab soll auch die Leichenbeförderung eingestellt werden. Die Aerzte versuchten heute schon überall vergeblich Fuhrwerk zu erhalten. Die Hamburg-Amerika-Linie ließ die auf ihren Schiffen eingetroffenen Reisenden durch von ihr gemietete Motorwagen der Straßenbahn in die Stadt befördern. Obgleich eine größere Anzahl Ausständiger am Hafen anwesend war, sind Ruhestörungen nicht vorgekommen. Streikposten an den Hamburger Grenzen suchen auswärtiges Fuhrwerk abzuhalten. Wie es heißt, soll versucht werden, auch die Schaffner und Führer der elektrischen Bahnen zum Ausstand zu veranlassen, damit die Polizei zum Nachgeben gezwungen werde. Es verlautet, daß in den nächsten Tagen auch die Kohlenarbeiter den Betrieb einstellen wollen.

Ein Ausstand der Kohlenarbeiter des Loire-Beckens steht bevor. Heute sollen die Direktoren der Gesellschaften die Antwort auf die Forderungen der Bergleute geben, da sie aber abschlägig lauten dürfte, wird voraussichtlich am Dienstag der allgemeine Ausstand beschlossen werden.

Kleine gewerkschaftliche Nachrichten. In Weißenfels wird es wahrscheinlich zu einem Ausstand der Schuhmacher kommen. In zwei dortigen Schuhfabriken bestehen Differenzen. Verhandlungen zur Beilegung derselben hatten keinen Erfolg. Bei der Firma Jsdiner haben sämtliche Handzwicker gekündigt. — In der Fleischereimaschinenfabrik von Allner in Berlin legten am Donnerstag sämtliche daselbst beschäftigten Metallarbeiter die Arbeit nieder. Der Fabrikant hatte mehrere Arbeiter, die bei ihm wegen eingerissener Mißstände vorstellig wurden, entlassen, weshalb sich die übrigen mit ihnen solidarisch erklärten.

Nachrichten aus der Provinz.

Pirna. Am Donnerstag abend ist hier das zweijährige Söhnchen der am Plan wohnhaften Familie Zander unbemerkt in eine Wanne mit zum Waschen eingeweichter Wäsche gefallen und darin erstickt. Vermutlich spielte das Kind an der Wanne, wobei es hineinstürzte und so unglücklich auf das Gesicht zu liegen kam, daß es erstickte ohne einen Laut von sich geben zu können. — Ein weiterer Unglücksfall ereignete sich an demselben Tage vormittags bei Oberpoyritzschgang. Aus dem um 10 Uhr dort in der Richtung nach Dresden verkehrenden Personenzuge stürzte ein etwa 13jähriger Knabe einer österreichischen Auswandererfamilie. Jedenfalls war die Aufsetztüre unverschlossen und öffnete sich unversehens infolge eines Ruckes des Trains vor der Einfahrt in die Haltestelle, wobei der an der Tür stehende Knabe hinausfiel. Die Untersuchung des alsbald aufgehobenen Kindes läßt eine durch den Sturz erlittene Gehirnerschütterung vermuten.

Lawenz. Am Sonnabend stürzte ein Offizier des hier stehenden Regiments in der Nähe des Schützenhauses infolge Scheuwerdens seines Pferdes von diesem herab und geriet unter einen gerade vorbeifahrenden Wagen. Dem Offizier gingen die Räder über den Körper, er wurde schwerverletzt in seine Wohnung gebracht.

Hainichen. Am Sonnabend, abends 8 Uhr, fand im Schulzes Restaurant, hier, eine außerordentliche Generalversammlung der hiesigen Ortskrankenkasse statt. Der Vorsitzende der Kasse, Herr Albin Pohl, erstattete ausführlich darüber Bericht, welche Ursachen in der Verhaftung des Kassierers Lindner gelegen und welche wesentlichen Momente sich während dieser Zeit bis heute abgespielt haben. Der Vorstand ist sich seines schweren Amtes in dieser Affäre wohl bewußt gewesen und hat schnell und hoffentlich auch recht gehandelt, um zu retten, was zu retten war und auch eine ungeahnte Weiterführung der Kasse zu ermöglichen. Die von der Invalidenkasse durch den Sekretär der Versicherungsanstalt Sachsen, Brunner-Dresden, vorgenommene Revision ergab einen Fehlbetrag von 6176,70 M.; die Unterschlagungen gehen bis zum Jahre 1900 zurück.

Die Revision der Krankenkasse von Herrn Kunpfer, Beamter der Leipziger Ortskrankenkasse, ergab einen Fehlbetrag von 6911,98 M., so daß die von Lindner unterschlagene Summe insgesamt 13088,18 M. beträgt.

Zur Deckung des Defizits in der Invalidenkasse, welches von der Krankenkasse gedeckt werden muß, schlägt der Vorstand vor, die vom Vater Lindners, mit der Bedingung, daß auf weitere Ansprüche Lindners verzichtet wird, und die bei Lindner gefundenen Sachen frei gegeben werden, angebotenen 1000 M. unter den gestellten Bedingungen anzunehmen.

Der Antrag wurde dann auch einstimmig angenommen. Durch diesen Beschluß können die der Invalidenversicherungskasse unverschuldeten Gelder gedeckt werden, ohne daß die Kasse irgendwie angegriffen braucht.

Fortfahrend in seinem durch die Abstimmung unterbrochenen Bericht giebt der Vorsitzende ein anschauliches Bild über die Unterschlagungen, er gibt auch, wie es möglich war, daß Lindner die Veruntreuungen in dieser Höhe unbemerkt begehen konnte. Lindner ist nach dem Berichten der Revisoren in der raffiniertesten Weise vorgegangen. Ein Fehler war es auch, daß Lindner von dem früheren Vorstande Postvollmacht erteilt worden war. Lindner hat nicht nur Briefe, die ihm verdächtigten, unterschlagen, sondern auch an die Kasse gelangende Gelder nicht gebucht. Nachdem der Vorsitzende geendet, gab es eine lebhafte Debatte, bei welcher der frühere Kassenvorstand, insbesondere der Vorsitzende desselben, manch bittere aber treffende Worte zu hören bekam. Dem gegenwärtig amtierenden Vorstande brachte die Versammlung ihr volles Vertrauen entgegen, was in einer Resolution zum Ausdruck kam. Nachts halb 12 Uhr wurde die stark besuchte Versammlung geschlossen.

s. **Zwickau.** Einen Streit mit den Hausbesitzern hat der hiesige Stadtrat heraufbeschworen. Ganz plötzlich sandte er an sämtliche Hausbesitzer der Palmhorststraße ein Schreiben, wonach die Betreffenden zirka 600 M. für die Neupflasterung der Straße zahlen sollen! Einige der Hausbesitzer sollen sogar bis 1000 M. entrichten! Der Stadtrat scheint nun ganz richtig gerechnet zu haben, daß die Hausbesitzer diese Summen nicht widerspruchslos herzahlen würden, denn er fügt dem betreffenden Schreiben eine ausführliche Begründung bei, worin er sich auf das städtische Bauregulativ und auf eine Entscheidung des Ministeriums stützt. Das Interessantste an der Sache, die ungeheures Aufsehen erregt und viel Staub aufwirbelt, ist, daß selbst den Stadtverordneten diese „Zumutung" des Rates überraschend gekommen ist! Diese haben nämlich, wie immer, widerspruchslos den Haushaltplan angenommen und geglaubt, der darin vermerkte Posten von 4000 M. für Pflasterung der Palmhorststraße werde von der Stadt bezahlt! Man denke: Bei einem neuen Posten von 13000 M. hält kein einziger der „Stadtväter" (Sozialdemokraten sind leider keine darunter) für nötig, auch nur zu fragen, wie uns was! Jetzt ist „Holland in Not". Etwa 40 Hausbesitzer haben bereits beschlossen, sofort Rekurs einzulegen. Nicht ein einziger will sich freiwillig fügen. Wenn alles nichts hilft, will man sogar den Rechtsweg beschreiten. Die Ironie des Schicksals will nun, daß der Protest der Hausbesitzer erfolglos sein wird. Nach dem Gesetzstatut und der Bauordnung ist das Verfahren des Stadtrats völlig gesetzlich. Die Stadtverordneten haben auch das betreffende Ortsgesetz wie alle Vorlagen des Rates widerspruchslos angenommen, es wurde einfach zu allem Ja und Amen gesagt und jetzt, wo sie die großen Summen bluten sollen, merken sie erst, was sie sich für eine Suppe eingebrockt haben.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Nicht weniger als 13 Jahre 6 Monate 23 Tage hat eine Postkarte gebraucht, um von Riesa nach dem nahen Priestewitz in die Hände des Adressaten zu gelangen. Die Karte trägt den Poststempel des Riesaer Postamts 2 vom 17. 1. 89, 6—7 N. und den Ankunftsstempel in Priestewitz vom 10. 8. 02. Welche Irrfahrt die Karte in der langen Zeit gemacht oder wo sie sich still versteckt gehalten, ist nicht ersichtlich. — In Tanzung bei Meißenhain brannte am 13. d. M. das Gemeinde-Armenhaus nieder. Einer der Armenhäusler schlief zur Zeit des Ausbruches und mußte von der Feuerwehr herausgeholt werden. Der Schwerverletzte wurde ins Marienberger Krankenhaus gebracht. Fast die ganze Habe der Armenhäusler ist verbrannt. — Um die Vorteile der elektrischen Licht- und Kraftverwendung auch den Landbewohnern zugänglich zu machen, ist bei Frankenberg die Errichtung einer elektrischen Zentrale für zahlreiche Ortschaften der Umgebung geplant. — Ein schwerer Unglücksfall hat sich am Sonnabend in Leipzig auf dem Täubchenweg ereignet. Der fünf Jahre alte Sohn des in der Konzitzstraße wohnenden Hilfsbremsers Sauke trat rücklings vom Trottoir auf die Fahrstraße und wurde dabei von einem beladenen Lastgeschirr erfaßt und überfahren. Der Tod des Kindes trat auf der Stelle ein. — Ein seit 9. d. M. vermißter 16jähriger Kaufmannslehrling in Chemnitz wurde vorgestern als Leiche aus dem Schloßteich gezogen. Die Ursache zum Selbstmord soll gekränktes Ehrgefühl sein. — Daß es mitunter gefährlich ist, mit seinem eigenen Hunde zu spaßen, mußte am Sonnabend die Gattin eines Buchhändlers in Glauchau erfahren. Sie scherzte mit ihrem Hündchen, als dieses plötzlich zubiß und der Herrin in die Nase biß. Die Verletzte mußte sich in ärztliche Behandlung begeben. — Selbstmord aus ungewöhnlicher Ursache verübte in Lengenfeld am Dienstag der etwa 70jährige Altwarenhändler Friedrich August Wolf. Er war Tags zuvor mit einem Bettler, der den im Rufe höchster Sparsamkeit stehenden Mann um einen Zehrpfennig angesprochen hatte und schroff abgewiesen worden war, in Streit und Handgemenge geraten. Dieser Zweikampf trieb ihn bis auf die Straße fort, und da Wolf Anzeige und Bestrafung wegen groben Unfugs fürchtete, so suchte und fand er den Tod durch Erhängen.

Neues aus aller Welt.

Dampferzusammenstoß auf dem Rhein. Auf der Rückfahrt von Düsseldorf nach Uerdingen stieß am Sonnabend bei Kaiserwerth der Rheindampfer Prinzessin Victoria mit dem Seedampfer Köln zusammen. Drei Mädchen aus Uerdingen fielen über Bord und ertranken. Ein Maschinentechniker verunglückte infolge Explosion der Wasserröhre. Ein Dampfer nahm die Fahrgäste der Prinzessin Victoria auf und brachte sie nach Uerdingen.

Unglück im Manöver. Wie aus Hamburg gemeldet wird, stieß bei den Manövern bei Harburg ein Pionier mit seinem Spaten beim Graben auf ein noch scharfes Geschoß, welches sofort explodierte und dem Pionier ein Bein wegriß. Der Soldat erlag bald darauf seinen Verletzungen.

Ein schwerer Eisenbahnunfall wird aus der Bukowina gemeldet. Am Freitag entgleiste vor der Station Czerepkow aus bisher unbekannter Ursache auf offener Strecke der Personenzug Nr. 314 teilweise. Mehrere Wagen stürzten um. Siebzehn Reisende wurden verletzt. Der Personenverkehr wurde durch Umsteigen aufrecht erhalten. Der Güterverkehr war unterbrochen.

Große Feuersbrunst. Wie die Tages-Chronik meldet, brach in Czernahow in Rußland nahe an der schlesischen Grenze ein verheerendes Feuer aus. Ueber 200 holzgedeckte Gebäude wurden vollständig eingeäschert. 150 Familien sind obdachlos. Die Ernte ist vernichtet. Mehrere Kinder sind in den Flammen umgekommen. Viele Leute wurden bei den Rettungsarbeiten verwundet.

Ein Attentat auf den Gotthard-Zug wurde Freitag nacht, einer Züricher Depesche zufolge, in der Nähe des Felsenlattentunnels verübt, indem auf die Schienen eine Dynamitpatrone gelegt wurde.

Bergsteigerunglück. Am Weißhorn wurden Sonnabend zwei englische Touristen mit zwei Führern von einer Neuschneelawine überrascht. Der eine Engländer und ein Führer wurden getötet, der andere Engländer leicht, der zweite Führer schwer verletzt.

Paris, 17. August. In St. Germain stürzte ein Neubau ein; drei Arbeiter wurden unter den Trümmern begraben. Zwei wurden als Leichen, einer schwer verletzt hervorgezogen.

Brüssel, 17. August. Gestern abend brach in der Schuhfabrik Doyens Feuer aus. In kurzer Zeit wurde das große Gebäude mit Maschinen und Lager völlig zerstört. Der Sachschaden beträgt 300000 Fr. 300 Arbeiter sind brotlos geworden.

London, 16. August. Die heutigen Blätter besprechen einen Skandal, der sich vor einigen Tagen ereignete. Der Arzt des Königs, Dr. Treves, besuchte in Begleitung der Königin unangemeldet das Militärlazarett in Aspun, welches sich in einem vollständig verwahrlosten Zustande befand. Die Kranken waren schlecht verpflegt und überall zeigte sich große Unordnung. Die Königin drückte ihre Unzufriedenheit in scharfen Worten aus.

Tunis, 16. August. Die Revolte in dem Gefängnis zu Porto Farina hatte den Tod eines Gefangenen zur Folge. 24 andere Gefangene, welche wieder eingefangen wurden, wurden von den Wärtern verwundet, desgleichen zwei Wärter und 28 Gefangene, die den Wärtern behilflich waren.

Großes Schiffsunglück. Eine Lloyd-Depesche meldet aus Kapstadt unterm 17. August: Als die britische Bark Highfields von Cardiff gestern nach bei starkem Sturm in den hiesigen Hafen einlief, trieb sie mit dem dort ankernden Hamburger Dampfer Kaiser zusammen. Die Bark ist sofort gesunken. Von der Bemannung sind 24 Mann ertrunken und vier gerettet. Ob der Dampfer Kaiser gerettet ist, ist unbekannt.

Eine furchtbare Ueberschwemmung hat die chinesische Provinz Kwangsi heimgesucht, gegen tausend Menschen sollen in den Fluten ihren Tod gefunden haben. Der Regen ging in schweren Wolkenbrüchen nieder. In Kwantung stürzten mehrere Häuser infolge Unterspülung durch die Wassermassen ein, wobei zwanzig Personen getötet wurden.

Dresdner Theater.

Dienstag den 19. August.

Opernhaus. (Abonnement.) Fra Diavolo. Komische Oper in drei Akten von Scribe. Musik von Auber. Anfang ½8 Uhr.

Letzte Telegramme.

Innsbruck, 18. August. Zwei Knaben im Alter von 10 und 13 Jahren hüteten unweit des Waldes Kulman Schafherden, wobei sie von einem Wolfe überfallen wurden. Die Knaben gingen zum zwar mit Knüppeln zu Leibe, wurden aber zerfleischt.

New-York, 18. August. Eine Springflut wird aus Alvaceta am Golf von Kalifornien gemeldet. Mehrere hundert Personen sind dabei umgekommen oder schwer verletzt worden. Der Materialschaden wird auf 50 Mill. Dollar geschätzt. Unterseeische Erdbeben werden als Ursache der Springflut betrachtet.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19020818/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

6. Verbandstag der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Offenbach a. M., 15. August.

Vormittagssitzung.

Zum Schluß der gestrigen Nachmittagssitzung sei noch erwähnend hinzugefügt, daß die Revisor-Kommission die Anteilung von vier besonderen Gauvorstehern beantragt hatte, und zwar für Schlesien, Rheinland-Westfalen, Bayern und Baden, Württemberg und Elsaß-Lothringen.

Zunächst werden die Anträge erledigt, welche Unterstützung der Opfer der Maifeier verlangen.

Bren versucht die Sache so zu regeln, wie dies bei den Metallarbeitern geschehen ist, vorausgesetzt, daß die Arbeitslosenunterstützung in der Urabstimmung Annahme findet. Dadurch kämen derartige Unterstützungen auf das Konto dieses Unterstützungszweigs. Außerdem sei doch jedem anempfohlen, nur zu feiern, wo dies ohne große wirtschaftliche Schäden geschehen könne. Die Gewerkschaften hätten keine Veranlassung, weiter zu gehen, als die Veranstalter der Maifeier, die politische Partei, gehe.

Die Debatte darüber bewegt sich fast durchgängig im selben Sinne. Der Beschluß des Verbandstages in dieser Sache geht dahin, daß infolge der Maifeier Gemaßregelte vom dritten Tage der Maßregelung an Arbeitslosenunterstützung erhalten sollen.

Nunmehr kommt man zum Punkt 4: Statutenberatung.

Von den wesentlichsten Beschlüssen seien folgende erwähnt: Eine zum § 1 des Statuts beantragte Aenderung des Verbandsnamens (Verband der gewerblichen Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands) wird abgelehnt. Der nach § 2 gewährte Rechtsschutz soll in Zukunft auch bei Streitigkeiten in Krankenversicherungsangelegenheiten erfolgen. Zum § 3 wird beschlossen, daß denjenigen Mitgliedern, welche vor ihrem Eintritt einer anderen Gewerkschaftsorganisation angehört und sich ordnungsmäßig abgemeldet haben, die Dauer der Mitgliedschaft auf die beim Fabrikarbeiterverband geltenden Karrenzzeiten (ausschließlich derjenigen für die Arbeitslosenunterstützung) angerechnet werden.

Eine beantragte Erhöhung des Eintrittsgeldes von 30 auf 50 Pf. wird abgelehnt. Antretende Mitglieder haben ihre Mitgliedsbücher abzuliefern, vollgeschriebene Bücher bleiben in den Händen der Mitglieder.

In einer recht ausgiebigen Auseinandersetzung gaben eine Anzahl Anträge Anlaß, die eine Erhöhung der Beiträge in verschiedener Höhe verlangen und zum Teil auch den Wegfall aller Extrasteuern bezwecken. Fast einhellig ist man der Ansicht, die bis jetzt bestehenden verschiedenen Extramarken in Wegfall zu bringen; von einer Seite wird die Beibehaltung der eingebürgerten Augustmarke verlangt, jedoch einer Erhöhung der Beiträge für die weiblichen Mitglieder von 7½ auf 15 Pf. widersprochen. Mehrfach wird für den Fall der Annahme der Arbeitslosen-Unterstützung dafür eingetreten, eine weitere als die durch die Einführung dieser Unterstützung bedingte Beitragserhöhung nicht eintreten zu lassen, da sonst die Arbeitslosen-Unterstützung aufs Spiel gesetzt werde.

Die Abstimmung über die Beitragserhöhungen haben folgendes Resultat: Zunächst wird beschlossen, daß bei Annahme der Arbeitslosen-Unterstützung den Zahlstellen 20 Proz. der Einnahmen verbleiben; bei Ablehnung dieser Unterstützung tritt eine Erhöhung dieses Prozentsatzes auf 25 ein. Weiter wird für diesen Fall noch der Eventualbeschluß gefaßt, den Beitrag für männliche Mitglieder von 15 auf 20 Pf. und für weibliche Mitglieder von 7½ auf 10 Pf. zu erhöhen, wobei die Streik- und Extramarken in Wegfall kommen. Die Beitragserhöhung beginnt mit dem 1. April 1903.

Nachmittagssitzung.

Zu Beginn der Sitzung wird festgestellt, daß unter Aufhebung eines gestrigen Beschlusses als beschlossen gilt, daß bei Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung der Beitrag für männliche Mitglieder 25 Pf. und für weibliche Mitglieder 15 Pf. pro Woche beträgt unter Beibehaltung der jetzigen Streik- und Extramarken. In der Statutenberatung wird fortgefahren. Den Zahlstellen wird die Ermächtigung erteilt, unter Zustimmung des Hauptvorstandes Extrasteuern einzuführen, jedoch unter Ausschluß für Zwecke betr. Gründung von örtlichen Unterstützungskassen. Bei Verweigerung dieser Extrabeiträge kann Ausschluß erfolgen. Nach längerer Debatte wird beschlossen: Während nachgewiesener Arbeitslosigkeit sowie bei arbeitsunfähigen Kranken ruht die Beitragspflicht für drei Monate, in besonderen Fällen kann Beitragsbefreiung auf Antrag eines Mitgliedes durch den Vorstand für sechs Monate gewährt werden. Invalide Mitglieder sollen einen Beitrag von 10 Pf. bezahlen und dafür den Proletarier, Umzugsgeld, Sterbegeld und Rechtsschutz erhalten. Für vom Beitrag befreite Mitglieder werden zukünftig Freimarken von dem zweiten Bevollmächtigten an Stelle der fehlenden Beitragsmarken geklebt.

Die Gemaßregelten-Unterstützung soll 13 Wochen gewährt werden, jedoch haben sich diese Kollegen täglich mindestens zur Kontrolle zu melden. Dem Vorstand ist freie Hand gelassen, bei Mitgliedern, welche eine besonders rege Verbandstätigkeit entfaltet haben und gemaßregelt werden, Ausnahmen zu machen. Als gemaßregelt gelten auch die Mitglieder, welche in stiller nachhaltiger und nicht nur in öffentlicher Weise agitatorisch tätig sind und wegen ihrer Verbandsangehörigkeit entlassen werden. Die Revisoren der Zahlstellen sollen sich auch auf die Lokalkasse unter Einstellung des Lokalkassenbestandes erstrecken. Die Erhebung von Geldern und Kündigung derselben soll der Kassierer im Beisein der beiden Vorsitzenden anstatt der Revisoren vornehmen. Die Bestimmung, daß der Kassierer 150 M. Kaution zu stellen hat, wird gestrichen.

Die Delegiertenwahl zu den Verbandstagen soll in Zukunft so erfolgen, daß Zahlstellen von 500 Mitgliedern einen Delegierten wählen können. Orte, an denen mehr wie 500 Mitglieder sind, können nur auf je 800 weitere Mitglieder einen Delegierten mehr wählen; kleinere Zahlstellen werden zu Wahlkreisen von 500 Mitgliedern vereinigt.

Zum Streikreglement liegen verschiedene Anträge vor, die Streikunterstützung schon vom ersten Tage an zu zahlen, was vom Vorstand als unmöglich erklärt wird, da hierzu die finanziellen Mittel nicht ausreichen.

Das Wortgefecht ist um diesen Punkt ein recht lebhaftes und endet damit, daß der Antrag auf Gewährung der Streikunterstützung vom ersten Tage ab mit 32 gegen 27 Stimmen abgelehnt, dagegen ein Antrag angenommen wird, die Streikunterstützung nach Ablauf der drei ersten Wochen zu zahlen. Folgende Erklärung von Hamburger und Braunschweiger Delegierten heißt der Verbandstag durch Beschluß gut: „Nachdem der Verbandstag es für zulässig erachtet hat, daß die freiwilligen Beiträge zum Streikfonds in Höhe von 25 und 50 Pf. nach wie vor erhoben werden können, und er ferner für richtig erklärt hat, daß einige Zahlstellen von den im Baufach beschäftigten Kollegen und anderen Kollegen Extrabeiträge in genannter Höhe bereits erhoben, empfiehlt der Verbandstag allen Zahlstellen, in denen im Baufache beschäftigte Kollegen Mitglieder sind, dafür zu sorgen, daß letztere Gelegenheit erhalten, Extrabeiträge zu leisten." Schluß der Sitzung 7 Uhr.

Gerichts-Zeitung.

Militärgericht.

Ein wüstes Bild von Soldatenschinderei entrollte die Verhandlung gegen den 1876 in Peterwitz (Kreis Jauer i. Schl.) geborenen Buchhalter und jetzigen Unteroffizier Gustav Richard Ewald Hoffmann von der 9. Kompagnie des 4. Infanterie-Regiments Nr. 103 in Bautzen, die am Sonnabend vor dem hiesigen Kriegsgerichte der 3. Division Nr. 32 stattfand. Wie schon so oft, war auch hier ein körperlich schwerfälliger und geistig sehr beschränkter, im übrigen aber durchaus williger und fleißiger Mensch, der zu allem anderen eher, als zum militärischen Dienste sich eignete, monatelang die Zielscheibe der gemeinsten und rohesten Brutalitäten eines gewalttätigen, schon oft, wenn auch nur disziplinarisch, vorbestraften Unteroffiziers. Eines Tages, Anfang Dezember v. J., ließ der famose Rekrutenerzieher abends nach beendetem Dienst den Rekruten Woßku zum Gewehrstrecken antreten, obwohl durch Kompagniebefehl den Unteroffizieren verboten war, irgendwelchen Außerdienst anzusetzen. Trotzdem nun das Gewehrstrecken in der Mannschaftsstube stattfand, mußte sich Woßku auf Befehl seines Korporalschaftsführers mit dreifacher Kleidung versehen. So mußte er sich den Drillichrock, Tuchrock und Mantel anziehen und die Fingerhandschuhe und Ohrenklappen anlegen, sich an die Luftheizung stellen und mit zwei Gewehren Gewehrstrecken üben. Als die Kräfte des Bedauernswerten zu versagen drohten, mußte er mit einem Gewehr die Exerzitien fortsetzen. Den Heizer hatte der Soldatenschinder beauftragt, tüchtig Wärme durch die Heizung gehen zu lassen. Natürlich dauerte es nicht lange, so schwitzte Woßku am ganzen Körper. Er hatte wohl schon bis 300mal das Gewehr gestreckt, als dem Herrn Unteroffizier aus der Luftheizung zu wenig warme Luft herausströmte. Die Uebungen wurden deshalb abgebrochen und in einer anderen Mannschaftsstube fortgesetzt, wo sich der Gequälte an den geheizten Ofen stellen mußte. Das widerwärtige Bild erfuhr hier noch eine Bereicherung. Man steckte den Rekruten, der ab und zu einen Schluck Wasser zu sich nehmen mußte, eine brennende Tabakspfeife in den Mund. Woßku mußte so lange Gewehrstrecken, bis er vollständig erschöpft war. Während er schließlich zu weinen anfing, machten sich der rohe Patron und andere Unteroffiziere über die Folterung des Rekruten lustig. Insgesamt hat W. nach übereinstimmenden Zeugenaussagen bis etwa 400 Mal das Gewehr gestreckt. Was das heißt, geht daraus hervor, daß schon ein Gewehrstrecken bis 100 Mal eine außergewöhnliche Anstrengung bedeutet. Doch das war nicht das einzige Mal, wo sich der grausame Unteroffizier an Woßku vergriff. Bei einer Schrankdurchsicht kurz vor Weihnachten fand der Feldwebel in Woßkys Helm keinen Namenszettel. Hierüber in Wut geratend, riß Hoffmann den W., der erst kurz zuvor aus dem Lazarett gekommen war, den Helm herunter und versetzte ihm mit der Faust einen Stoß vor die Brust, daß der Getroffene in den offenstehenden Schrank taumelte. Der Stoß war so heftig ausgeführt worden, daß der rabiate Unteroffizier sich dabei den Arm ausgerenkt hatte. Beim Exerzieren auf dem Kasernenhofe hatte W., der bei seinem Diensteintritt fast kein Wort deutsch verstand, Anfang Februar dieses Jahres, ein Kommando falsch verstanden und natürlich auch nicht richtig ausgeführt. Dies veranlaßte den Angeklagten, dem Genannten einen Faustschlag ins Gesicht zu versetzen, daß sofort die Nase heftig blutete. Am 26. Juni endlich, als das Regiment in der Umgebung von Dresden größere Uebungen abhielt, fand in der hiesigen Artilleriekaserne Tuchsachenappell statt. Woßkys Sachen wiesen einige Fehlstellen auf. Woßku mußte aus dem Gliede vortreten, worauf ihm der „schlagfertige" Unteroffizier die Hose mehrere Male ins Gesicht schlug und eine Anzahl Rippenstöße verteilte. Die Zeugenvernehmung förderte recht interessante Einzelheiten zu Tage. Allgemein wird Woßku als ein Soldat geschildert, dem es nicht an gutem Willen, sondern an Intelligenz fehle. Seine Beschränktheit soll danach derart sein, daß er nach seinem Dienstantritt längere Zeit auf seinen Geisteszustand hin beobachtet und seine Entlassung vom Militär beantragt worden ist. Warum diese nicht erfolgt ist, darüber ergab leider die Verhandlung nichts. Daß sie dringend nötig war, darüber dürfte kein Wort mehr zu verlieren sein. Der Angeklagte bringt zu seiner Verteidigung vor — was ihm auch ohne weiteres zu glauben ist —, daß er mit Woßku in der Ausbildung große Schwierigkeiten gehabt habe. W. sei durch seine Krankheit, sowie überhaupt durch seine Veranlagung sehr zurückgeblieben und oft habe er (Angeklagter) deshalb Ausstellungen bekommen. Den Vorfall mit dem Gewehrstrecken, das lediglich zur Stärkung der Muskel- und Armkräfte erfolgt sei, schildert er natürlich in ganz anderem Sinne. Im übrigen legt er sich ganz aufs Leugnen. So will er das Gewehrstrecken in das Belieben W.s gestellt haben. Das Anziehen der vielen Kleidungsstücke versucht er damit zu erklären, daß der ganze Vorgang nicht Spielerei gewesen sei. Die Bestrafung des Angeklagten war keine günstige. Während er sich im Dienst so leidlich geführt hat, hat er sich außerdienstlich mitunter so schlecht, daß man ihm schon eröffnet hatte, eine weitere Kapitulation sei nicht möglich. Der Vertreter der Anklage bemerkte in seinem Plaidoyer, daß die Ausflüchte des Angeklagten absurd seien und die zulässige strengste Strafe zur Vermeidung ähnlicher Roheiten Platz greifen müsse. Nach seiner Ansicht habe der Angeklagte jede Gelegenheit benutzt, den offensichtlich geistig beschränkten Woßku in roher Weise zu mißhandeln. Auf solche Weise bringe man Leute gewiß nicht vorwärts. Rechtsanwalt Dr. Baum als Verteidiger des Angeklagten erblickt in der Handlungsweise seines Klienten mit Ausnahme des Vorfalles auf dem Exerzierplatze nur vorschriftswidrige Behandlung, auch bezüglich des Gewehrstreckens. Wenngleich Angeklagter hier nicht im Affekt gehandelt habe, so sei die Vornahme des Gewehrstreckens doch an und für sich nicht strafbar, sondern werde es, wenn, wie im vorliegenden Falle, eine Ueberschreitung der durch das Reglement gestatteten Grenze vorliege. Angeklagter habe auch nur im Interesse des Dienstes gehandelt und nur aus falschem Ehrgeiz unerlaubte und verwerfliche Mittel aufgewendet, um seine Korporalschaft auf der Höhe der Zeit zu erhalten. Er bitte um eine milde Strafe, zumal für Woßku gesundheitliche Nachteile nicht erwachsen seien. Das Gericht erkannte wegen Mißhandlung in drei Fällen und vorschriftswidriger Behandlung eines Untergebenen in einem Falle, begangen zum Teil während des Dienstes, auf zwei Monate drei Wochen Gefängnis und sofortige Inhaftnahme des Angeklagten. Bezüglich des Gewehrstreckens war die Frage, ob ein „minderschwerer" Fall vorliege, verneint worden.

Gewerbegericht.

Sitzung vom 14. August.

Vorsitzender: Gewerberichter Dr. Hänsche. Arbeiterbeisitzer: Lederzurichter Rößler, Schlosser Holz. Unternehmerbeisitzer: Schlossermeister Ellrich, Posamentierermeister Rühling.

Differenzen von der Vogelwiese finden nach Schluß derselben gewöhnlich in größerer Anzahl ihre Erledigung vor dem Gewerbegericht. Der Arbeiter Böhmer verlangt 42 M. vom Restaurateur Fritzsche, weil er kündigungslos entlassen sein will. Sein Anspruch erscheint jedoch derart wenig begründet, daß er sich im Vergleichswege mit 3,50 M. für einen Tag zufrieden erklärt. — Ferner beansprucht die Kellnerin Palitz 48 M. vom Schenkwirt Stanicki, erhält aber nur 4 M. als Entschädigung für ihre verausgabte Stellenvermittelungsgebühr durch Vergleich.

Durch Beweiseid erledigt wird die Klage des Marktbesitzers Fischer gegen den Inhaber der Firma Oldendorf, Kaffeegeschäft, auf 50 M. für zwei Wochen wegen nicht erfolgter Einstellung. Der Beklagte beschwört, daß er den Kläger nicht fest eingestellt habe, worauf die Klage zurückgezogen wird.

Die chronische Geldklemme, in der sich manche Kleinmeister befinden, gab den Anlaß zur Klage der Schlossergehilfen Berger und Teichert gegen den Schlossermeister Arlt. Die Kläger haben ihren Lohn nicht zur rechten Zeit erhalten und deshalb folgerichtig auf Weiterarbeiten bei Herrn Arlt verzichtet. Der Beklagte will die Kläger trotzdem noch wegen Kontraktbruch belangen. Zunächst muß er sich jedoch verpflichten, an den Kläger Berger 31,03 M. und an Teichert 25,48 M. zu zahlen.

Kostenpflichtig verurteilt zur Zahlung von 14,99 M. Lohnrest an den Malergehilfen Weichert wird die Firma Schröder & Hirschberg. Die Beklagten wollen eine Masse Abzüge, 89 Stunden à 45 Pf. machen. Da sie aber, wenn diese Monitas richtig sind, die Einspruchsfrist versäumt haben, wird nur ein Anspruch von 1 M. für gerechtfertigt bekunden. -e.

Dienstag den 19. August, abends 8½ Uhr

Fensterputzer-Versammlung

im Volkshaus, Altenbergstraße 2, 1. Et., Saal 6 u. 7.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Karl Sindermann. 2. Wahl der Betriebsvertrauensleute. 3. Berufliches. — Debatte.

Restaurations-Eröffnung.

Die geehrten Einwohner der Vorstadt Seidnitz und Umgebung, sowie alle sonstigen Gönner, Freunde und Bekannte gestatte ich mir auf die Dienstag den 19. August stattfindende Eröffnung meiner Restauration in dem Lokale des Grundstücks Strasse M 10, in welchem ich seither eine Speisewirtschaft betrieb, aufmerksam zu machen und zu dieser Eröffnung hiermit herzlichst einzuladen.

Die Lokale sind renoviert.

Küche und Keller bieten das beste.

Morgen Dienstag, zur Eröffnung:

Grosses Schlachtfest.

Vorstadt Seidnitz, am 18. August 1902.

Max Philipp und Frau.

Vogelwiese Kötzschenbroda.

Dresdner Fisch-Salon

Hauptreihe

empfiehlt ff. Fischwaren, vorzügliche Biere, Weine, Branntweine und Kaffee einer geneigten Beachtung und bittet um gütigen Zuspruch

Max Grosslaub.

Herrschaftl. gebr. Herrenkleider verk. Gabler, Drehgasse 8, 3.

Kinderwagen, neu u. gebr., sporth. zu verk. Liliengasse 8, pt., bei Dittrich.

Berkowitz' Möbel-Ausstattungs-Haus „Saxonia"
Grunaer Strasse 4
dicht am Pirnaischen Platz

war, ist und bleibt

die beste Bezugsquelle für Wohnungseinrichtungen. Reich illustriertes Musterbuch auf Wunsch gratis und franko

Gegründet 1876. Fernsprecher 888.

Neustadts Knaben-Anzüge

einfache u. elegante Genres zu bekannt billigsten Preisen!

L. Neustadt
Wettinerstr. 31
Bischofspl. 6.

Blumenranken

auf Hüte, Stück nur 25 Pf., empfiehlt

Hesse, Scheffelstraße 12, 1. Etg.

Neustädter Butterhaus
2 Oppellstrasse 2

empfiehlt ganz frische

Eier, à Stück 4 Pf.
Mandel 58 Pf.

Schweizerbutter
½ Pfd.-Stück nur 55 Pf.

Hochfeines, reines Wurstfett, à Pfund 70 Pf.

Allerfeinste Tafel-Margarine
à Pfund 60 Pf.

Neue saure Gurken
4 Stück 10 Pf.

Käse (wie bekannt), ca. 40 verschiedene Sorten zu billigsten Preisen.

Größte Einkaufsquelle der Oppelvorstadt
nur 2 Oppellstrasse 2 nur
bei Butter-Adam.

Fertige
Erstlings-Wäsche
od. alle dazu nötigen Stoffe bei
Richard Flach & Co., Dresden
Annenstrasse 11
Stadthaus, Feuerwehr-Depot, Erdgeschoß.

1902er Gänse, Enten!

Das oberschlesische Versandgeschäft Gaphon-Locker in Bogzalkowitz 75 O.-S. versendet emballage- u. frachtfrei unter Garantie lebender Ankunft 6 Stück Ia große Gänse oder 14 Stück Ia große Enten für blos Mk. 20.

Halloh!

Reinste, billigste ff. Tafelbutter
III 58, II 60, I 63 Pf.
½ Pfund stückweise od. ausgewogen.
Bestes, billigstes Brot
4 Pfd. 34 Pf. (anderswo 36)
4 Pfd. 32 Pf., Landbrot.
Beste ff. Margarine
Pfd. 80 u. 90 Pf.
Käse! Eier! Butter! Kaffee! Kaffee!!
„Alpenrösel"
Neustadt, Fritz Reuter-Straße 10.

Wasche mit Luhns

Achtung! Parteigenossen!

Kauft eure

Stiefel u. Schuhwaren alle beim Genossen

Michel, Rosenstr. 3.

Da kauft man, wie bekannt, gut und billig.

Für die überaus große Ehrung, welche uns zu unserer Silber-Hochzeit von so vielen Seiten zu teil geworden ist, sagen wir allen unseren verbindlichsten Dank.

Friedr. Reinhard u. Frau, Kötzschenbroda.

Zurückgekehrt vom Grabe meines lieben, unvergeßlichen Gatten, unseres Vaters, Sohnes, Schwiegersohnes, Bruders und Schwagers **Franz Schulze** sagen wir allen unseren herzlichsten Dank. Dank auch seinen lieben Vorgesetzten und dem Arbeiterpersonal der Strohstofffabrik zu Röthig und dem Arbeiterverein für die liebevolle Teilnahme und Unterstützung. Dies alles hat meinem wunden Herzen wohl getan.

Naundorf, Kötzschenbroda u. Meißen.

Die tieftrauernde Witwe **Martha Schulze** und Kinder nebst Angehörigen. Dir aber geliebter Gatte und Vater rufen wir ein Ruhewohl in die Ewigkeit nach.

L.-A.-C.

Mittwoch d. 20. Aug., abds. ½9 Uhr

Sitzung.

Verantwortlicher Redakteur: Gustav Riem, Dresden.
Für das Feuilleton: Dr. Gustav Morgenstern, Dresden.
Druck und Verlag: Naben & Komp., Dresden.
Hierzu 1 Beilage.

Beilage der Sächsischen Arbeiter-Zeitung.

Nr. 189. | Dresden, Montag den 18. August 1902. | 13. Jahrgang.

Bericht des Partei-Vorstandes.

(Fortsetzung.)

Mit dem bevorstehenden Abschlusse neuer Zoll- und Handelsverträge seitens des Deutschen Reichs mit den anderen Nationen haben sich mehr oder minder einschneidend bereits unsere letzten Parteitage in Stuttgart, Mainz und Lübeck beschäftigt.

Nachdem feststand, daß der neue Zolltarif und die auf Grund desselben abzuschließenden Handelsverträge wesentliche Erhöhungen der Zollpositionen und vor allem eine ganz unerhörte Steigerung der Zölle auf die notwendigsten Lebensmittel, besonders auf Brot und Fleisch, bringen werden, beschloß der vorjährige Parteitag in Lübeck, die Agitation gegen diesen geplanten Raubzug am Volke in umfassendster Weise in Angriff zu nehmen. In tausenden von Versammlungen in allen Teilen des Reiches wurde Protest gegen die Hungerzölle erhoben und in den schärfsten Resolutionen Stellung gegen den Versuch genommen, unter der Maske des „Schutzes der nationalen Arbeit" die Konsumenten, und vor allem die arbeitende Bevölkerung, zu Nutz und Frommen weniger Tausend Großgrundbesitzer und Schlotjunker in schamlosester Weise durch künstliche Verteuerung der unentbehrlichsten Lebens- und Genußmittel auszubeuten.

Neben dieser mündlichen Agitation wurde eine ebenso umfassende schriftliche Agitation, besonders durch Flugblätter, inszeniert. Ein vom Vorstand herausgegebenes illustriertes Flugblatt wurde in Millionen Exemplaren bis in die letzten Dörfer des Reiches verbreitet. Ebenso wurden der Leitung der Frauenbewegung die Mittel zur Herstellung und Verbreitung eines vor allem für die Frauen bestimmten Flugblattes gegen den Zollwucher zur Verfügung gestellt. Dieses Flugblatt ist in einer Auflage von 400 000 Exemplaren hergestellt worden und von den Genossinnen zur Verbreitung gelangt. Neben dieser von der Zentralstelle ausgehenden Agitation gegen den Zollwucher lief eine ebenso umfassende Thätigkeit unserer einzelnen Landes- und Provinzialorganisationen her. Flugblätter, die in ganz Deutschland Verbreitung und Anklang finden sollen, können sich fast immer nur in allgemeinen Ausführungen bewegen, sind aber nicht im stande, den lokalen und provinziellen Verhältnissen genügend Rechnung zu tragen. So hat z. B. das Flugblatt: „Was uns die Junker kosten!", das in Ostelbien vorzüglich wirkte, in Süd- und Westdeutschland weniger angesprochen, weil man eben dort die Schandwirtschaft der Junker und Großgrundbesitzer glücklicherweise aus eigener Anschauung weniger kennt. Die Landes-, Provinzial- und Kreiskommissionen haben deshalb ihren Verhältnissen angepaßte Flugschriften gegen den geplanten Brotwucher selbständig herausgegeben und dazu, wo es notwendig war, Beihilfen aus der Zentralkasse erhalten. Der Erfolg dieser Agitation zeigte sich einmal in den Ausbrüchen maßloser Wut in den Organen der Zollwucherparteien über die „gewissenlose Hetzerei der Sozialdemokraten", dann aber in der großartigen Beteiligung aller Volksschichten an der von unserer Partei in Szene gesetzten Massenpetition gegen die beabsichtigten Zollerhöhungen und besonders gegen die Wuchertzölle auf die notwendigsten Lebensmittel.

Am 23. November vorigen Jahres war der neue Zolltarif-Entwurf dem Reichstage zugegangen und schon in der Nr. 282 des Vorwärts vom 3. Dezember 1901 fand sich folgende Bekanntmachung:

Der Millionenprotest gegen den Wucher- und Hungertarif **wird heute dem Reichstag** zugehen. Die etwa 15 Zentner wiegenden Petitionsballen werden mit folgendem Anschreiben dem Reichstagsbureau überliefert werden:

Der unterzeichnete Vorstand der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstags beehrt sich, anbei eine laut beiliegendem Verzeichnis mit

3 431 784 Unterschriften

versehene, gegen jede Erhöhung der Lebensmittelzölle gerichtete Petition ergebenst zu überreichen.

Berlin, 3. Dezember 1901

Auer. Bebel. Meister. Pfannkuch. Singer.

An den Reichstag

Berlin

Noch nie, seit Bestehen des Reichstags, ist demselben eine Massenpetition mit so zahlreichen Unterschriften zugegangen. Neben dieser gewaltigen Thätigkeit im Kampfe gegen die Wucherpolitik wurde aber die propagandistische Arbeit auf anderen Gebieten keineswegs zurückgestellt. Besonders energisch beteiligten sich unsere Genossen im verflossenen Winter an der von den gewerkschaftlichen Organisationen vorgenommenen Arbeitslosenzählung und bekundeten so an einem praktischen Beispiel die Solidarität der politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. Der mit der Arbeitslosenzählung verfolgte Zweck, die öffentliche Aufmerksamkeit auf diesen Uebelstand zu lenken und Staat und Kommune zu veranlassen, durch Bereitstellung von Mitteln die Beschäftigung der Arbeitslosen zu ermöglichen und so großem Elend und Hilflosigkeit zu steuern, fand auch nachdrücklichste Unterstützung seitens unserer Parteivertreter im Reichstag und in den einzelnen Landtagen und in den Kommunalvertretungen.

Diese Schärfung des bürgerlichen Gewissens dem zahlenmäßig aufgedeckten Notstand gegenüber, wurde von einem Teile der bürgerlichen Presse zwar mit dem üblichen Gebimmer über „demagogische Hetzerei" beantwortet, vielfach wurde aber doch zu mehr oder minder praktischen Auskunftsmitteln gegriffen und damit der Notstand, wie wir ihn gelegentlich früherer allgemeiner Arbeitslosigkeit kennen gelernt haben, in etwas gemildert.

Die sozialdemokratische Mehrheit in der Offenbacher Stadtverordneten-Versammlung bewilligte unter tumultuösem Widerspruch der bürgerlichen Minorität in zwei Raten 80 000 M. zur Beschäftigung Arbeitsloser.

Daß auch sonst die Agitations- und Aufklärungsarbeit in unermüdlichster Weise betrieben wurde, beweist ein Blick in den Annoncenteil unserer Parteipresse auf die dort angezeigten Versammlungen. Wenn trotzdem immer wieder Klagen darüber laut werden, daß bei oder jener gewünschte Redner nicht nach diesem oder jenem Ort gekommen ist, so werden diese Beschwerden wohl auch niemals verstummen, obwohl ihnen eine sachliche Berechtigung nicht anerkannt werden kann. Die Zahl der Orte, in denen der oder jener bekannte Parteiredner noch nicht gesprochen hat, ist zu groß, als daß all den in dieser Beziehung laut werdenden Wünschen auch nur annähernd nachgekommen werden könnte.

* * *

Daß auch im abgelaufenen Parteijahre unserer agitatorischen Thätigkeit von den öffentlichen wie privaten Gewalten alle möglichen Hindernisse in den Weg gelegt wurden, bedarf wohl kaum des besonderen Hervorhebens. Versammlungsverbote aus den nichtigsten Gründen und Versammlungsauflösungen unter vollständiger Nichtachtung der bezüglichen gesetzlichen Vorschriften sind alltägliche Erscheinungen. Beschwerden gegen diese Willkür, wenn die Genossen es der Mühe wert hielten, solche zu erheben, haben zwar in einzelnen Fällen Erfolg gehabt, aber in der Regel erfolgten die Entscheidungen der oberen Instanzen so spät, daß der mit dem Verbot oder der Auflösung angerichtete Schaden dadurch nicht mehr verhindert wird. Wie wenig ernst gemeint in vielen Fällen aber die unteren Behörden die Entscheidungen der oberen Instanzen nehmen, beweist der Umstand, daß dieselben Organe der Staatsanwalt bei nächster Gelegenheit sich nicht scheuen, gegen unsere Versammlungen und Redner in derselben unzulässigen Weise wieder vorzugehen, wegen der sie erst gerügt worden sind. Die Ansicht ist eben weit verbreitet, daß beim rücksichtslosen Vorgehen gegen die Unterdrücker man sich um die Zweckmäßigkeit der gesetzlichen Vorschriften nicht viel zu bekümmern brauche.

Neben den direkten Verboten hat man unsere Agitation besonders durch das Mittel der Saalabtreiberei und der Einschüchterung der Lokalbesitzer zu beeinträchtigen versucht. Ein sehr beliebtes Mittel, unseren Genossen die Lokale für ihre Versammlungen abzutreiben, ist auch die Verhängung des Militärboykotts. Dabei wäre es ein Irrtum, anzunehmen, daß dieser Boykott etwa nur Gültigkeit für das aktiv im Dienste stehende Militär hat. Derselbe erstreckt sich auch auf die Mitglieder der Kriegervereine, so daß er sich wirksam auch selbst an Orten, wo gar kein Militär vorhanden ist. Die Vernichtung jedes männlichen Unabhängigkeitsgefühls, wie sie das notwendige Ergebnis des militärischen Drills sein muß, wirkt im bürgerlichen Leben noch so sehr nach, daß die in Kriegervereinen verbundenen ehemaligen Soldaten sich vorschreiben lassen, welche öffentlichen Lokale sie besuchen dürfen und welche nicht. Besonders wird diese Praxis im Königreich Sachsen geübt, wie denn die dort herrschende Reaktion überhaupt nur ihre Erklärung in der unglaublichsten politischen Feigheit weitester bürgerlicher Kreise findet.

Es ist natürlich unmöglich, alle die kleinlichen Schikanen und Nadelstiche, die im Laufe des Jahres gegen unsere Genossen zur Anwendung kommen, in dem Berichte zu erwähnen, wohl aber mag hier ein Verzeichnis einiger der Gründe wiedergegeben sein, auf die hin in Sachsen Versammlungen aufgelöst und verboten werden sind. Unser junges sächsisches Parteiblatt plaudert darüber in folgender launiger Weise:

„Aufgelöst kann in Sachsen eine Versammlung werden, wenn der Redner in „schreiendem" Tone Mißstände bespricht (Reichenbach i. V.),

wenn es dem überwachenden Beamten an den Nerven friert (Plauenscher Grund),

wenn vom Teufel gesprochen wird (Plauenscher Grund),

wenn die Zuhörer dem Redner Beifall spenden bei einer Wortentziehung (Mittweida),

wenn dem Beamten die Versammlung zu lange dauert (Naußlitz),

wegen Aufrehrens gegen die Behörde (Hartha) usw.

Gleich von vornherein kann eine Versammlung verboten werden, wenn der Redner vorbestraft ist (Mittweida, Waldheim, Limbach, Falkenstein, Chemnitz i. V.),

weil die Tagesordnung eine Beleidigung eines Landtagsabgeordneten enthält (Pegau),

weil die Volksleidenschaften aufgestachelt werden können (Grimma),

weil aus der Tagesordnung der Zweck der Versammlung nicht ersichtlich ist (Reichenbach),

weil die Behörde über die Verhandlungen des Gewerkschaftskongresses nicht informiert ist, Verbot des betr. Tagesordnungspunktes (Brandis),

weil die Behörde keine Zeit hat, sich nach dem Einberufer zu erkundigen (Meißen),

weil die Amtshauptmannschaft in ihrem eigenen Bezirk nicht genau Bescheid wußte (Rochlitz-Taura),

weil die Polizei des Ortes zur Ueberwachung nicht ausreicht (Ottendorf-Okrilla),

weil über das Thema nicht gesprochen werden darf (Plauenscher Grund),

weil Landestrauer angeordnet ist (Löbau),

weil der Nachweis nicht erbracht ist, daß der Besitzer des Versammlungslokales seine Genehmigung zur Abhaltung der Versammlung erteilt hat (Oberkunnersdorf)."

Daß mit allen diesen kleinlichen Maßnahmen die Ausbreitung unserer Bewegung auch in Sachsen nicht gehemmt wird, dafür spricht in drastischer Weise der Ausfall der Nachwahl zum Reichstag im 10. sächsischen Wahlkreise, das immer stärkere Eindringen unserer Vertreter in die sächsischen Gemeindevertretungen und wird am deutlichsten sprechen der Ausfall der im nächsten Jahre stattfindenden Reichstagswahlen.

Ein Beispiel für die Wirkungslosigkeit der Nadelstichpolitik mag hier noch angeführt sein. Seit Jahren feiern die Leipziger Genossen ihr Gewerkschaftsfest in einem großen Gartenlokal in Stötteritz. In früheren Jahren wurde dieses Fest durch behördliche Eingriffe wenig gestört, heuer beliebte es nun der Amtshauptmannschaft, eine Verfügung zu erlassen, nach der die Erhebung von Eintrittsgeld und die Aufführung von Theaterstücken untersagt wurde. Der Zweck dieser Verfügung ist eben so klar, wie an deren gesetzliche Zulässigkeit Zweifel erlaubt sein werden. Unsere Leipziger Genossen ließen sich aber den Humor nicht verderben. Sie machten mit der Veröffentlichung des Verbots) der Erhebung von Eintrittsgeld zugleich bekannt, daß natürlich auch in diesem Jahre, wie in allen früheren, ein „Gedenkblatt" herausgegeben werde und forderten die Arbeiter auf, dasselbe schon vorher zu kaufen, damit in dem Vertrieb auf dem Festplatz die Behörde keine „Umgehung des amtshauptmännischen Verbots" erblicken könne. Dieser kurze Wink fand volles Verständnis bei den Arbeitern. Das Gedenkblatt wurde in einer Auflage verkauft, wie noch nie vorher, der Festplatz war ungeheuer besucht und das Fest selbst, auf dem Genosse Singer die Festrede hielt, verlief in glänzender Weise. Der amtshauptmannschaftliche Erlaß scheint auch von der Kreishauptmannschaft als ein Schlag ins Wasser erkannt worden zu sein, denn in letzter Stunde hob diese Oberbehörde den Erlaß auf, so daß auf dem Festplatz Eintritt wie sonst erhoben werden konnte. Die Reaktion kann das satte Bürgertum einschüchtern, am klassenbewußten Proletariat scheitern aber alle staatsretterischen Pläne.

Aehnlich wie in Sachsen verfährt die Reaktion in einigen mitteldeutschen Kleinstaaten. Das Nichtvorhandensein gesetzlicher Vorschriften über das Vereins- und Versammlungswesen, das früher nach dem Grundsatze: „Was nicht verboten, ist erlaubt", zu vollständiger Vereins- und Versammlungsfreiheit in diesen kleinen Staatswesen geführt hatte, wird jetzt von Ministerien und unteren Behörden dazu benutzt, um auf dem Wege der Verordnungen das Versammlungsrecht in willkürlichster Weise zu beschränken. Die Bestrafung ein „aufreizender" Redner zu sein, genügt in Weimar und Schwarzburg-Rudolstadt, um dem Betreffenden das Auftreten in öffentlichen Versammlungen unmöglich zu machen. Hoffentlich geben bei den nächsten Reichstagswahlen unsere Thüringer Genossen darauf die gebührende Antwort.

(Fortsetzung folgt.)

Parteitag

der deutschen sozialdem. Arbeiterpartei in Oesterreich.

Aussig a. d. Elbe, 15. August 1902.

Nachmittagssitzung.

In der Nachmittagssitzung wird die Debatte über die Parteiorganisation fortgesetzt.

Von einigen Rednern wird betont, daß die Organisationen der jugendlichen Arbeiter nur mit Vorsicht ins Leben zu rufen seien und ständiger Beaufsichtigung bedürfen.

Lebhaft debattiert wird über den Antrag auf Einschränkung der Parteitage. Die Niederösterreicher halten an dem Antrage der Wiener Lokalorganisation fest, während die Vertreter der anderen Kronländer in der Mehrheit sich aus agitatorischen Gründen für die Aufrechterhaltung des jetzigen Zustandes aussprechen.

Brod-Wien befürchtet, daß die behandelte Betonung des nationalen Moments durch Genossen Pernerstorfer die Organisation schädigen könne. Pernerstorfer kann sich immer noch nicht von den Fesseln der Frau Germania trennen. (Große Heiterkeit.) Wenn das die Slaven ebenso machen wollten, käme auch unsere Partei in den nationalen Strudel hinein. Nur durch Internationalität kann man der eigenen Nation nützen. (Beifall.)

Seliger-Teplitz wendet sich gegen Einzelheiten im Organisationsvorschlag der Parteivertretung. Es wurde vorgeschlagen, die Landesorganisation in ganz Cisleithanien so einzurichten, wie sie in Böhmen bestehe. Das würde eine Umwälzung der Organisationsform in Steiermark, Niederösterreich und wohl auch in Schlesien bewirken. Redner schlägt eine andere Fassung vor, die diesen Uebelstand vermeiden würde.

Freundlich-Mährisch-Schönberg hält die Organisation der jugendlichen Arbeiter für ebenso wichtig, wie schwierig. Gerade die Deutschnationalen suchen die Jugend für sich in Beschlag zu nehmen. Sie muß ihnen entrissen und für der Welt der Sozialdemokratie geboren werden. (Beifall.) Redner hält die Anträge auf Einschränkung der Parteitage für ein Produkt der Stimmung aus der augenblicklich trüben Zeit. Die Partei sollte diesen Rückschritt nicht thun, sich aber auch die nationalistischen Faxen des Genossen Pernerstorfer nicht zu eigen machen. (Beifall.)

Schlesinger-Mähren: Die Parteitage sind ein unentbehrliches Bindemittel. Wollten wir nur alle vier Jahre zusammenkommen, dann würde die Partei tot sein. (Sehr richtig!) Die jungen Leute bei uns haben die Hornblume im Knopfloch und schreien Heil!, dann eintreten die Ohren gellen. Wir müssen deshalb die Organisation der jugendlichen Arbeiter mehr als bisher pflegen.

Nemec-Prag erklärt sich gegen die Verschiebung der Parteitage, ohne mit dem Genossen Pernerstorfer übereinstimmen, der sich als oberster Hüter und Beschützer des nationalen Gefühls der verschiedenen Völker Oesterreichs fühle. (Heiterkeit.) Den finanziellen Gründen gegen die Parteitage alle zwei Jahre bei die Frage entgegen zu halten: Würden wir denn mehr Geld haben, wenn der Parteitage verschoben würden? (Sehr gut!)

Dr. Ellenbogen-Wien: Etwas Hoffnung, die Jugend zu gewinnen, müssen wir auf die Thätigkeit der sozialdemokratischen Lehrer setzen, wenn ihre Zahl auch noch gering ist. Die nationale Frage hat mit der Verschiebung der Parteitage gar nichts zu thun. Gerade die Stimmung der nationalen Bedrängnis, die Pernerstorfer will, wird dadurch verhindert, daß Dinge mit dem nationalen Empfinden verquickt werden, die nichts damit zu thun haben. Der Antrag, die Parteitage seltener stattfinden zu lassen, muß den Eindruck erwecken, als wenn wir nichts zu sagen hätten. Die Parteitage sind als Heerschau unentbehrlich für den inneren Zusammenhang der Partei. Außerdem müssen sie Stellung zu den Tagesfragen nehmen.

Pernerstorfer: Im Ganzen bin ich ja allmählich behandelt worden. (Heiterkeit.) Im vorigen Jahre bestritt mir Brod wegen prinzipieller Streitfragen die Parteigenossenschaft überhaupt, heute hat er mich mit heimatlich sentimentaler Liebenswürdigkeit behandelt. (Heiterkeit.) Ich bin durchaus mit Brod einverstanden, daß in der Nationalitätenfrage das Einzigste betont werden muß. Meinen Nationalismus habe ich auch zu der Zeit, als ich noch nicht offiziell zur Partei gehörte, sehr gut mit proletarischem Empfinden zu vereinigen gewußt. Ich habe in der Zeit, als ich ohne offizielles Mandat proletarische Interessen im Parlament vertrat, nie danach gefragt, ob es sich um tschechisch-polnische oder deutsche Arbeiter handelte. (Sehr richtig!) Auch ich glaube, daß wir echte Internationale sein müssen, wenn auch nicht vom Schlage derer, die da glauben, die Internationalität fordern von dem Einzelnen, daß er seine Nationalität verschwellen, daß er anational oder antinational sein müsse. Ich bin international im Sinne der Verbrüderung der Nationen, um mit Hilfe dieser Verbrüderung die Nationen erst frei zu machen und zu großen Volksgaben zu gestalten. Hier in Oesterreich müssen uns besonders mit nationalen Fragen beschäftigen, wir können uns nicht auf den abstrakten Standpunkt großer geschlossener Nationen stellen, da wir täglich mehr mit der nationalen Frage zu thun haben. Der Wiener Parteitag hat 1897 die nationale Organisation der verschiedenen Völker Oesterreichs beschlossen. Damit konnte ich Mitglied einer Partei werden, die es mir nicht verwehrt, national zu empfinden. Von „antinationalistischen Faxen" ist bei mir keine Rede. Freundlich hat man diesem Ausdruck die Grenzen des Zulässigen überschritten. Ist er wirklich der Meinung, dann mußte er offen auftreten und meinen Ausschluß beantragen. Mein Nationalismus ist der Stolz auf deutsche Kultur, auf Schiller und Goethe, auf deutsche Philosophie und Wissenschaft. (Beifall.)

Widholz-Wien bestreitet, daß der Parteitag 1897 die Stellung der Partei zu nationalen Fragen prinzipiell geändert habe. Aus Zweckmäßigkeitsgründe hätten die veränderte Organisationsform herbeigeführt und die Trennung in nationale Gruppen bedingt. Pernerstorfer hätte sich also schon früher der Partei anschließen können oder gar nicht. Redner tadelt, daß die Parteileitung nicht das Bestreben der Polen ebenso getadelt habe, wie es in deutschen Parteiblättern geschehen ist.

Der Antrag Resel auf Einführung einer Kommission zur Aenderung der Organisation wird abgelehnt.

In seinem Schlußwort hebt Skarez gleichfalls hervor, daß sich die prinzipielle Stellung der Partei gegenüber den antisemitischen Volkern Oesterreichs 1897 in keiner Weise geändert habe. „In einer Kritik der belgischen Genossen habe man die Parteileitung nicht für betraut gehalten. Wenn es in Deutschland geboten ist, so müsse man das den Deutschen und dem Jahrgang der Deutschen überlassen. Redner beurteilt einzelnen die zahlreichen im Laufe der Debatte gestellten Anträge zur Organisation und empfiehlt ihre Ablehnung.

Die Abstimmung ergiebt die Annahme aller Anträge der Parteivertretung. Angenommen wird weiter noch der Antrag Winarsky (Organisation der jugendlichen Arbeiter) und ein Antrag auf Organisation der Tabakarbeiterinnen. Alle übrigen Anträge wurden abgelehnt. Schluß 6½ Uhr.

Aussig, den 16. August 1902.

Vormittagssitzung.

Zunächst wird eine Sympathiekundgebung für die streikenden galizischen Landarbeiter einstimmig und unter lebhaftem Beifall angenommen.

Der Bericht der Mandatsprüfungskommission ergiebt die Anwesenheit von 119 Delegierten.

Es folgt als nächster Punkt der Tagesordnung: Der österreichisch-ungarische Ausgleich. Berichterstatter ist Genosse W. Ellenbogen: „Glücklicher Oesterreich, als Zufluchtsgemeinde hat Du Dich zwar nicht bewährt, aber erzählere Ein als Sprachbureau." Dieses Wort erklärt den ganzen Jammer des österreichischen Staates. Oesterreich ist ein Sammelsurium von Nationalitäten, kein organisches Ganzes. So ist auch Ungarn in Oesterreich gekommen. Vor Jahren haben die Ungarn gegen die verhaßte habsburgische Oberherrschaft gekämpft. 1849 wurde die ungarische Unabhängigkeit zwar mit brutaler Gewalt unterdrückt, aber der Sieg der Reaktion war ein Scheinsieg. Die Reaktion mußte schließlich vor der ungarischen Unabhängigkeitsbewegung kapitulieren. Und als 1867 der Ausgleich zwischen Ungarn und Oesterreich abgeschlossen wurde, war Ungarn in der günstigsten Position, während Oesterreich nach dem verlorenen Kriege innerlich zerrissen und in Europa isoliert dastand. Es war Ungarn preisgegeben. Das Bestehen von Ungarn lag im Interesse der Monarchie, dem aber gegenüber wenige. Redner giebt eine eingehende Darstellung der Delegationen, die die gemeinsamen Angelegenheiten Oesterreichs und Ungarns zu beraten haben. Die Delegationen sind ein Hohn auf alle parlamentarischen Begriffe. Sie sind kein Parlamentsausschuß, weil sie das selbstständige Bewilligungsrecht haben, sie sind aber auch kein Parlament. Denn wenn es dem ungarischen oder österreichischen Parlament einfällt, den Budgetetat abzulehnen, dann hängen auch die Beschlüsse der Delegationen in der Luft. Das ganze System der Delegationen ignoriert und ignoriert den österreichischen Parlamentarismus, so daß er zu einem Komödienspiel

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19020818/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

herabsinkt. In der äußeren Politik des Staates sind die Interessen Ungarns maßgebend. Wir Sozialdemokraten sind mit dem Dreibund insofern einverstanden, als er eine Friedenspolitik betreibt und weil wir überhaupt dafür sind, daß sich die größeren Staaten zusammenschließen. Aber die Dreibundpolitik wurde nur wegen den Ungarn getrieben, die in Rußland den Erbfeind sehen. Ein Beweis dafür ist die Tatsache, daß auch in der Zeit, wo wir in Österreich manche Reformen hatten, die gern ein Bündnis mit Rußland abgeschlossen hätten, am Dreibund festgehalten wurde. So konnte Graf Andrassy mit berechtigtem Stolze sagen: Ungarn ist der maßgebende Faktor der Monarchie.

Verhängnisvoll ist der Einfluß Ungarns auf unsere innere Politik. Gerade weil das System des Ausgleichs und der Delegationen keinen konstitutionellen Ausweg offen läßt, ist man gezwungen, das letzte Wort immer der Krone zu überlassen. Durch den Ausgleich haben wir also ein rein absolutistisches Element in unser Staatsleben hineingebracht. Ueberall zeigt sich die Bevorzugung Ungarns. Den Ungarn kostet das Heer nur 11 Proz. ihres Budgets, uns kostet es 17 Proz. Da können sich die Ungarn schon ein großes Heer leisten, wenn wir es zahlen! (Sehr richtig!) In wichtigen Fällen halten sich die beiden Delegationen in Schach. Statt gemeinsam den Willen des Volkes im Gegensatz zur Krone zu vertreten, sind sie nur der Schemel für die Machtgelüste der Krone.

Auch die Ungarn gehen mit unbändiger Energie daran, einen national einheitlichen Staat zu bilden. Sie haben dort auch sehr viele Nationalitäten. Die Deutschen sind hier nicht gefährlich bei der Entnationalisierung, dagegen behaupten sich die slavischen Nationen in der Offensive; in ihnen ist noch nationale Expansionskraft. Die nationale Autonomie ist den Ungarn ein Dorn im Auge und sie suchen sie deshalb auch in Österreich zu verhindern. Sie wollen, daß Österreich weiter der zerfaserte und zerrissene Staat bleibe, ein Sammelsurium der Unmöglichkeiten.

Noch wichtiger sind die wirtschaftlichen Gründe gegen den Ausgleich. Wir sind für große wirtschaftliche Einheiten, wir vertreten aber in der Frage des Schutzzolls und Freihandels den Arbeiter nicht nur als Konsumenten, sondern auch als Produzenten. Deshalb sind wir unter Umständen auch für den Schutzzoll zu Gunsten junger, emporblühender Industrien. Ganz unbegreiflich aber muß es erscheinen, daß zwischen Bruderstaaten, die eine Zollschranke bilden, ein Zollkampf entstehen kann, in dem ein Teil auf Kosten des andern seine wirtschaftlichen Kräfte zur Entfaltung bringt. Das aber tun Ungarn. Unter dem Ausgleich ist seine Industrie gewaltig emporgewachsen, gefördert durch staatliche Begünstigungen, Prämien, Retorsionen, Agrarzölle. Unerträglich der Ungarn wegen haben wir, die wir ein Getreideimperium sind, Agrarzölle geschaffen. Ungarn dagegen behandeln die österreichische Industrie äußerst tückisch. Der heimische Kaufmann, der auf dem ungarischen Markt kommt, wird mit Konkurrenzen belegt. Das Aergste auf diesem Gebiet leisten die Ungarn mit der Schaffung der Donaudampfschiffahrtsgesellschaft und der Bevorzugung der ungarischen Fluß- und Seeschiffahrtsgesellschaft. Die Ungarn sperren die rumänische Grenze. Die Folge ist, daß unser Export nach Rumänien aufhört. Ebenso hilft es mit der Orientbahnpolitik Ungarns, die Österreich die Hände bindet, ihm den Zugang zum Orient verperrt. Bosnien ist heute ungarisches Okkupationsgebiet. Man kann sagen, Ungarn ist das einzige Beispiel in der ganzen Welt, das in dem merkwürdigen Zustand sich befindet, alle Vorteile des Schutzzolls mit allen Vorteilen des Freihandels zu verbinden. Ungarn ist das einzige Beispiel einer solchen Doppelbeziehung, und wir Österreicher müssen diese Rechnung bezahlen. Die Ungarn haben sich eine innere Zollinie gegen Österreich geschaffen, wir Österreicher aber sind nicht geschützt gegen sie. Sie haben volles Einbruchsgebiet und können so ihre Industrie ungemessen fördern. Auch in der Bankfrage genießt Ungarn große Begünstigungen.

Auf allen Gebieten bringt uns also der Ausgleich Schädigungen. Er kostet uns unsere Freiheit, Blut und Geld. Wir sind keine Freunde der Zollsperrung. Aber selbst, wenn wir gegen Ungarn Zollsperrung verlangen, so würden wir unsere Prinzipien nicht das Geringste vergeben. Liebknecht hat 1870 auf dem Gießener Parteitage gesagt: „Zum Schutz der sozialen Arbeit brauchen wir Protektionismus gegen solche Länder, die keinen kurzen Normalarbeitstag eingeführt und die Frauen- und Kinderarbeit nicht vermutlichen Beschränkungen unterworfen haben.“ Die ganze ungarische Industrie aber beruht auf der maßlosen wucherischen Ausbeutung der ungarischen Arbeiter. Gegen einen solchen Staat könnten wir mit größter Seelenruhe Schutzzölle verlangen. Aber wir begehren das gar nicht. Wir stehen nur auf dem Standpunkt, daß wir den Ausgleich nicht um jeden Preis haben müssen. Redner führt eingehend den Nachweis, daß Ungarn bei einer Zollsperrung den kürzeren ziehen müßte. Würde eine Trennung eintreten, so würden die Ungarn abermal so viel an ihrer agrarischen Einfuhr in Österreich verlieren, während wir nur dreimal so viel an industrieller Einfuhr verlieren würden, als Ungarn bei uns industrielle Einfuhr hat. Wir können unser Getreide sehr leicht aus Argentinien und Rußland beziehen. Wo aber sollen die Ungarn ihre agrarischen Produkte los werden? Die Ungarn ersticken buchstäblich in ihrem eigenen Fett, auch an ihrem Schweinefett, das sie ausfuhren, ersticken. (Heiterkeit.)

Welche Stellung nehmen nun Parlament und Regierung ein? Herr v. Körber kennt den Ausgleich sehr genau. Wenn er im Moment der Entscheidung sich auf neue Schlüche einläßt, so bedeutet das einen Verrat an Österreich. Er muß jetzt Mut nach oben zeigen. Wäre er ein Staatsmann in großem Stile, so müßte er erklären: Österreich muß zu Grunde gehen, wenn dieses System weiter geht. Freiheit der Entwickelung oder Trennung! Wenn die großen wirtschaftlichen Einheiten unsere Lebenshaltung herabdrücken, uns abhängig machen, so sind wir gegen sie. Um jeden Preis schwärmen wir nicht für die Einheit. Die Trennung wäre ja nur ein heilsames Mittel, um zu gesunden, natürlichen Zuständen zu gelangen. Die Völker Österreichs haben andere Interessen, als die Dynastie. Wenn nun fortwährend pathetisch vom Gesamtstaat geredet wird, so sagen wir: Gesamtstaat? Das heißt für Euch: Infanterie, Kavallerie, Artillerie, Gendarmerie. Für uns aber heißt er: Kirchendienstes, politische Reaktion, toter Lehm und freie Schule. Das sind die Kulturideale, für die wir kämpfen. (Lebhafter Beifall und Handklatschen.)

Die vom Parteivorstand gestellte Resolution lautet: Der Parteitag erklärt: „Der österreichisch-ungarische Ausgleich, in einem Augenblick neuer politischer Ohnmacht Österreichs entstanden, bedeutet seit seinem Bestehen eine ununterbrochene Kette politischer und wirtschaftlicher Schädigung für unsere Reichshälfte. Während Ungarns Interessen immer entschieden die äußere Politik des Gesamtstaates beherrschen, dagegen hemmend auf die organische Entwickelung der innerpolitischen Verhältnisse Österreichs wirken, wird durch das verschwommene Spiel des Dualismus das in der parlamentarischen Karikatur der Delegationen gipfelt, unter Parlamentarismus entwertet und unter Konstitutionalismus verfälscht. Und während Ungarn seine wirtschaftlichen Potenzen zu kräftiger Entfaltung gebracht und starke Grundlagen für seine Entwickelung vom Agrar- zum Industriestaat geschaffen hat, ist unsere ökonomische Entwickelung mißachtet, ja zurückgegangen, eine direkte Wirkung der volksfeindlichen Politik Ungarns, auf unsere Kosten und auf unseren Schultern zu einer höheren wirtschaftlichen Entwickelungsstufe emporzuschwingen.

Aber diesen Prozeß des ungarischen Vorwärts- und des österreichischen Rückwärtsentwickelns muß überdies Österreich überwiegend mit eigenem Gelde bezahlen, da die von Ungarn ungerechterweise Lahe der Quote infolge des wachsenden Mißverhältnisses der Prosperität in beiden Staaten mit immer stärkerer Ungerechtigkeit Österreich belastet.

Dieses für Österreich so verderbliche Verrechnungsverhältnis dient vorzüglich den sogenannten Gesamtinteressen, in Wahrheit aber lediglich dynastischen Interessen. Sie kosten dafür müssen in erster Linie die Arbeiter in der Form enormer, fortwährend wachsender, indirekter Steuern, sowie der Verteuerung ihrer Nahrung durch Kornzölle, aber auch in der Form des politischen und wirtschaftlichen Entwickelungshindernisses der Lähmung und Verkümmerung des staatlichen und sozialen Lebens auf allen Gebieten bezahlen.

Eine Regierung den Ungarn, am allerwenigsten den ungarischen Arbeitern, mit denen sie die brüderlichen Interessen der Klasse verbinden, das Recht und die Möglichkeit der freieren Entwickelung schmälern zu wollen, verlangt die österreichische Arbeiterschaft auch für Österreich das Recht der freien politischen und ökonomischen Selbstbestimmung und sie vermag die Möglichkeit hierzu lediglich in einer vollständigen politischen und nationalen Trennung der beiden Reichshälften zu erblicken, einer Trennung, die keineswegs notwendig zu einem Zollkrieg führen muß, sondern in durchaus friedlicher und einverständlicher Weise vollzogen werden kann, und als Endziel durch den wirtschaftlichen Zusammenschluß, der alsdann allein berechtigte und gleich starke Staaten zur Schaffung eines großen einheitlichen Wirtschaftsgebietes führen soll.

Um diesem Ziel näher zu kommen, genügen nicht Scheinreformen der Regierung, die übermütigen Neuforderungen der Ungarn zurückweisen, sondern es muß vor allem die Grundlage des Ausgleichs, der Österreich ausliefert, vollständig verlassen werden. In der lauen und verschwommenen Haltung der bürgerlichen Parteien und der Regierung erblickt jedoch die Arbeiterschaft ein trügerisches Schaumgebilde und sie brandmarkt die Konzessionen zu Gunsten einzelner Parteien so wie der leeren Wortschacher um den Text des Vertrages, der uns auf eine weitere Reihe von Jahren in Abhängigkeit von Ungarn bringen soll und durch den der günstigste Augenblick zur Emanzipation Österreichs versäumt wird, als einen ausgesprochenen Verrat an den politischen und geistigen, den nationalen und materiellen Interessen der Völker Österreichs insbesondere aber seiner Arbeiterklasse.“

In der Diskussion hebt Dr. Adler hervor, daß nichts was hier beschlossen werde, so ausgelegt werden dürfe, als wollten wir die Entwicklung Ungarns zum Industriestaat irgendwie hemmen oder beeinträchtigen. Wir sind da mit unsern ungarischen Genossen vollständig solidarisch. An dieser Entwickelung Ungarns haben wir auch ein großes politisches Interesse. Die Rückständigkeit in der sozialpolitischen Gesetzgebung Österreichs ist vielfach auch dadurch bedingt, daß unser nächster Nachbar ein Staat ist, wo der Arbeiter absolut rechtlos ist. Das kann nur überwunden werden und es kann in Ungarn nur eine lebensfähige Sozialdemokratie entstehen, wenn sich ein regelrechtes Industrieproletariat bilden kann. Wir wünschen Ungarn nicht aufzuhalten, aber man kann es uns nicht verdenken, wenn wir nicht zu Gunsten des Auslandes ausgebeutet werden wollen. Wir glauben, daß eine ehrliche Einigung erst möglich sein wird, wenn sich eine ehrliche Trennung vollzogen hat. (Lebhafte Zustimmung.)

Nachdem sich noch Brod-Wien im Sinne des Referenten geäußert, wird die Resolution einstimmig angenommen.

Es wird dann zur Wahl der Parteivertretung geschritten. Das Ergebnis wird in der Nachmittagssitzung bekannt gegeben werden.

In der

Nachmittagssitzung

wird der Bericht über die parlamentarische Thätigkeit der Fraktion entgegengenommen, den E. Pernerstorfer erstattet. Hauptsächlich behandelt er diejenigen Fragen, die den Parteiblättern und Parteigenossen Stoff zur Diskussion gegeben haben, so die Beschickung der Obmännerkonferenzen (Seniorenkonvent) durch die Fraktion, die Frage der Wiederaufnahme der Obstruktion. Das Wesen des Parlamentarismus bestehe nun einmal darin, daß die Majorität im Rechte ist. Nur im Notfalle dürfe daher zu dem schweren Schritt der Obstruktion gegriffen werden. Es wäre sehr töricht gewesen, wegen der Fahrkartenteuer zu obstruieren, wie von manchen Seiten verlangt worden sei. Auch wegen des Ausgleichs werden die Fraktionen nicht obstruieren. So unvollkommen die Möglichkeit der Vertretung der Arbeiterklasse im Parlament ist, theoretisch ist das Thor des Parlaments den Arbeitern geöffnet. Drei Hauptforumen hat das Parteileben angenommen: die Organisationen, die Presse, die Fraktion. Die Fraktion hat mit allen Kräften und aller Treue ihre Aufgaben im Parlament zu erfüllen gestrebt. Vor dem österreichischen Parlament steht jetzt die Statistik der Ironie, der Gemeinheit und des Kommens. Das Standbild hat nur den einen Fehler, daß es vor dem Parlament steht, wo es nicht hingehört. (Große Heiterkeit.) In keiner Zeit war das Parlament so korrupt wie jetzt. Wir aber wollen unter der Devise der Vernunft unseren Kampf weiterführen. (Lebhafter Beifall.)

Ueber Parteitaktik spricht Dr. V. Adler: Diese Göttin Athene steht auf einem Brunnen, dem nur eins fehlt, das Wasser. Dem Brunnen fehlt das Wasser, sonst ist alles in Ordnung. (Große Heiterkeit.) Das ist ein Bild, das ausgezeichnet auf das österreichische politische Leben paßt. Auf die Periode des Sturmes, der Erregung, die bis 1900 reichte, ist eine Periode der Ruhe gefolgt, die einer Generation von Genossen, die im Sturme aufgewachsen sind, sehr wenig behagt. Aber unsere stürmende Thätigkeit war die Benutzung einer vielleicht nie wiederkehrenden Gelegenheit, um einen Vorstoß zu unternehmen, um eine Stellung zu erobern. Die von uns eroberte politische, sozialrechtliche Stellung der Arbeiterschaft muß jetzt in ihrem Inhalt erst ausgeschöpft werden. Keine Partei im österreichischen Abgeordnetenhause hat bei so kleiner Zahl einen so großen Erfolg, so große Bedeutung, wie die unsere. (Beifall.) Sie verdankt diesen Erfolg der Thatsache, daß die organisierte Arbeiterschaft hinter ihr steht, daß sie ein klares Programm hat, nicht zum mindesten aber auch dem Umstand, daß diese 10 Leute die Arbeit von 100 leisten. (Lebhafter Beifall.) Seit wir im Parlament sind, treten die großen demonstrativen Aktionen in den Hintergrund. Wir haben ein Jahrzehnt hindurch unsere Politik auf der Straße gemacht; durch die Fraktion ist uns eine andere Möglichkeit des Ausdrucks der politischen Willensmeinung der Arbeiterklasse geworden. Damit soll die außerparlamentarische Thätigkeit nicht herabgesetzt werden. Aber es sind jetzt Kräfte frei geworden für andere Aufgaben. Die gewerkschaftliche Organisation hat sich mit großer Schnelligkeit aufgebaut. Aber da unsere ganze Thätigkeit nach außen gerichtet war, ist die Erziehung des einzelnen zu wirklichem sozialdemokratischen Bewußtsein zurückgeblieben. Es muß endgültig verzichtet werden auf die alten Formen des äußeren Kampfes. Mit vollem Bewußtsein müssen wir sagen: Zurück ins Haus, zurück in die Vereine, zurück in die Organisationen zur Erziehung der Arbeiterklasse, zurück, um nachher um so kräftiger vorstoßen zu können. (Bravo!) Es giebt Unzufriedene, die da klagen, es geschieht nichts. O, Arbeit ist genug da, mögen sie nur kommen und Hand mit anlegen. Aber ich fürchte, sie bedürfen selber der Erziehung. (Bravo!) Das ist der allgemeine Gedanke für unsere Taktik. Was nun insbesondere das Parlament betrifft, so scheint es ja keine Lust zum Selbstmorde zu haben. Unsere Fraktion ist nie in der Lage gewesen, es zum Selbstmorde zu treiben. (Zuruf: Der Mut hat gefehlt!) Welchen Mut meinen Sie denn? Vielleicht den Mut, sich lächerlich zu machen? (Heiterkeit.) Wir fürchten nur einen Tod, den, an der Lächerlichkeit zu sterben. Und den wären wir gestorben, wenn unsere zehn Mann das Parlament hätten sprengen wollen. (Sehr richtig!) So haben wir aus dem Parlament herausgeschlagen, was sich herausschlagen ließ: Den Neunstundentag für die Bergarbeiter, die kommende Prozeßreform. Was die Frage der Obstruktion betrifft, so ist das parlamentarische Recht der Mehrheit so lange einzuhalten, als es wirklich besteht. Erst wenn ein Rechtsbruch begangen wird, wenn statt des Gesetzes der Majorität das Gesetz der Gewalt proklamiert ist, dann hat eine Minorität auch erst die wirklich politische Möglichkeit, zur Gewalt, das heißt zur Obstruktion überzugehen. Eine Majorität, die nur das Recht der Majorität ausübt, auf die Dauer vergewaltigen zu können, ist ein irriger Gedanke. Daß eine kleine Partei, wie die unsere, die Majorität hätte vergewaltigen und sie hindern können, die Fahrkartenteuer zu beschließen, das man wegen der Fahrkartenteuer das Parlament hätte zertrümmern können, das kann nur ein politisches Kind glauben. (Sehr richtig!)

Nun unsere Stellung zu den Parteien. Neben der chauvinistischen haben wir die klerikale Gefahr. Unsere Partei hat den Klerikalismus immer bekämpft, aber es haben Wandlungen stattgefunden in der Beurteilung der Frage, ob der Klerikalismus gerade der gefährlichste Feind ist. Jetzt hat der Klerikalismus wieder eine Macht erobert und stürzt sich mit einer Wucht in den Kampf, gegen die nur das Bollwerk der Sozialdemokratie Stand hält. Die bürgerlichen Parteien lassen sich vom Klerikalismus entweder verführen, wie es das Wiener Bürgertum gethan hat, oder sie weichen feige zurück, wie die Liberalen. Die Gefahr des Klerikalismus wird in den verschiedenen Kronländern verschieden empfunden, je nachdem sie mehr oder weniger von diesem gefährlichsten Feinde bedroht sind, am schärfsten also in den Alpenländern, am wenigsten in Schlesien, Böhmen. Eine Klugheitsregel gebietet, andere Elemente, die den Kampf gegen den Klerikalismus führen, in ihrem Kampfe nicht zu stören, auch wenn er nicht besonders aussichtsvoll ist. Wir sind genötigt, jede Spur des Widerstandes gegen den Klerikalismus im Empfinden des Bürgertums nicht abzutöten und zu verhöhnen, sondern zu stärken und zu fördern. Auf die Entwickelung, die über die kleinbürgerlichen Parteien zur Tagesordnung übergehen wird, können wir uns da nicht verlassen. Zehn Jahre klerikaler Herrschaft können fürchterliche Verwüstung anrichten. (Lebhafte Zustimmung.)

Wir führen jetzt in den verschiedenen Provinzen einen Kampf um das Landtagswahlrecht. Das Einzige, was sich erreichen lassen wird, ist die Einfügung der fünften Badenischen Kurie. Nun kann man sagen: Nehmen wir lieber diese fünfte Kurie als gar nichts. Man kann aber auch sagen: Nehmen wir lieber gar nichts als diese

Aus Kunst, Wissenschaft und Leben.

Eine Nacht im Moor. Im neuesten Hefte der Jagdzeitschrift Wild und Hund erzählt Oberförster Ernst Neuberg ein persönliches Erlebnis, das wieder einmal beweist, daß die Wirklichkeit die kühnsten Phantasien der Romanschreiber zu übertreffen weiß. „Dem strengen und noch einmal heftig einsetzenden Nachwinter in den östlichen Tiefebenen Preußens — so berichtet der jetzt in Ungarn lebende Weidmann — ein ebenso rasch durchdringender Frühling gefolgt, der schon warme Tage, aber noch empfindlich kalte Nächte brachte. Erst im erwähnten Nachwinter hatte ich die Verwaltung des großen Reviers übernommen; infolgedessen war ich mit ihm noch wenig vertraut. Einige Werst von der Oberförsterei befand sich ein großes Moor, auf dem es von Enten, Schnepfen und sumpfigem Wasser- und Sumpfgeflügel wimmelte, und das auch die Wölfe gern aufsuchten. Für den Jäger, der die Anstrengung des Wateens im Moor nicht scheute, war es ein wahres Eldorado. So zog ich denn eines sonnigen Nachmittags in Begleitung meines Vorstehhundes auf das Moor, um auf Enten usw. zu jagen. Diana war mir hold, und nach einigen Stunden hing meine Jagdtasche eine reiche Beute an Enten. Die Sonne hatte sich merklich geneigt, und ich, der ich mich ungefähr auf halber Breite des mehr lang als breit gestreckten Moores befand, trat den Heimweg an. Hierbei brach plötzlich mein linker Fuß tiefer als gewöhnlich durch die schwankende Moordecke, und bei den etwas heftigen Bewegungen, den Fuß wieder zu befreien, sank auch der rechte Fuß ein, mich dadurch seiner Stütze berauschend. Da ich schnell bis zum Gürtel einsank in der quirgelnden Schlamm und überall in einiger Entfernung von mir brodelnde Wasserblasen aufstiegen, sah ich, daß meine Situation nunmehr kritisch war. Statt aber ruhig mich zu verhalten und meine Lage und die Mittel, mich ihr zu entziehen, zu erwägen, versuchte ich mich mit allen Kräften zu befreien, dabei mein an und für sich schon ziemlich umfangreiches Organ zu lauten Hilferufen potenzierend. Der Erfolg war aber leider negativ und bestand nur darin, daß ich mich wie ein Keiler immer tiefer einwühlte, und meine bald völlig entzündete Kehle so heiser war, daß sie keinen artikulierten Laut von sich zu geben mehr befähigt war, denn ich hatte meine Hilferufe wie ein Brunnenhirsch über das Moor hinausgeorgelt.

Traurig saß der treue Hund zwei Schritte von mir auf einer trockenen Binsenkuppe, mich mit seinen braunen Lichtern wehmütig anhängend und dabei ein Winseln ausstoßend, das in einem leisen Geheul verhallte. Inzwischen war es Abend geworden, und düstere, graue Nebelschwaden zogen vom Ufer des Moores her, zu mir heran. Von den bis schon gelähmten Beinen herauf kroch es mir eiskalt durch den ganzen Körper bis ans Herz, und dabei preßten mir die eisigen Schlammassen den Brustkorb zusammen und erschwerten mir so im Verein mit dem eisigen, feuchten Nebel das Atmen. Ich hing eigentlich nur noch auf meinem Gewehr, das ich mir quer unter die Achseln geschoben hatte, und diese schwache Stütze allein trennte mich nur noch von dem schauerlichen Grabe. Die durch Enten beschwerte Jagdtasche hatte sich bei meinem Sinken hochgeschoben und lag tief von meinem Kopfe. Von mir selbst waren nur noch der Kopf und die Arme, von den Ellbogen an bis zu den Händen, oberhalb der Moordecke, alles andere hatte der gierige Moloch schon in sich geschlucht. Wie lange noch, und auch über dieses letzte meines Ichs würde der Sumpf sich schließen und nur einige schmutzige Wasserblasen und ein hämisches Gurgeln würden Zeugnis davon geben, daß hier ein junges, hoffendes Menschenherz seinen letzten Kampf gekämpft hatte. Von der furchtbaren Mühe und den gemachten fruchtlosen Anstrengungen erschöpft, ergab ich mich in mein Schicksal.

Von Kindheit an war mir der Tod des Ertrinkens als der schrecklichste erschienen, und der Gedanke, daß binnen kurzer Zeit dieser ekle Schlamm mit seinen ebenso ekelhaften Lebewesen mir durch Mund und Nase dringen und meinen letzten Atemzug auffangen würde, wirkte derartig auf meinen bis zum Zerreißen überreizten Nerven, daß mir die Thränen in die Augen traten.

Man schelte mich nicht unmännlich deshalb! Ich hatte dem Tode schon mehr als einmal ohne Zittern aus bedenklicher Nähe ins Angesicht geschaut, das war aber entweder im Kampfe Mann gegen Mann oder doch in Situationen gewesen, in denen Mut und Entschlossenheit, körperliche Kraft und Gewohnheit in die Wagschale des Ueberwindens der Gefahr geworfen werden konnten, oder aber das Bewußtsein der Gefahr kam überhaupt erst nachträglich zum Ausdruck. Hier aber lag die Situation doch wesentlich anders. Es war ein hundertfaches, zollweises Sterben.

Meine Sinne fingen an sich zu verwirren und tolle Gaukelbilder zu treiben. Mein ganzes Leben zog blitzschnell an mir vorüber, und ich sah mich z. B. auch als Kind zu den Füßen meiner Mutter spielen. Inzwischen war der Mond heraufgezogen und beleuchtete mit seinem fahlen Lichte die schaurige Szene. Immer noch winselte und heulte der treue Hund, so seinem Schmerze um seinen Herrn Ausdruck verleihend. Plötzlich war es mir, als antwortete ein anderer Hund dem meinigen. Aufs neue erwachte die Lust zum Leben, und neue Hoffnung zog in meine Brust, um aber bald um so schrecklicher enttäuscht zu werden, denn als nunmehr, ziemlich nahe, aufs neue der vermeintliche Ton eines Hundes zu mir drang, da wußte ich, welch neue Gefahr mir Hilflosem drohte. Das war Wolfsgeheul, und ich sah auch, wie auf etwa 20 Meter, einem Schemen gleich, ein Wolf über eine lichte Stelle huschte, daß das Wasser unter ihm aufspritzte. Auch mein Ralph hatte die Wölfe gewittert, denn zitternd und winselnd drückte er sich auf seiner Kuppe zusammen. Auch er erkannte unser Schicksal. Plötzlich wurden meine Blicke magnetisch auf meine Jagdtasche gezogen. In ihrem Netze befand sich mein geladener Revolver, dessen vernickelter Lauf im Mondlichte aufblitzte. Nun nahmen meine Gedanken eine andere Richtung. Da war die Rettung! Rettung, wenn auch nicht vom Tode selbst, aber doch von dem gleich schrecklichen Schicksal des Ertrinkens im Moor und dem des Gefressenwerdens bei noch lebendigem Leibe durch die blutgierigen Bestien. Auch den treuen Hund konnte ich hiervor bewahren, indem ich ihn zuerst durch meinen Gnadenschuß erlöste.

Mit den Zähnen zog ich die schwere Jagdtasche nahe zu mir heran, und mit unsäglicher Mühe gelang es mir, mit der rechten, etwas freieren Hand den Revolver herauszuziehen. Ich hielt ihn in der Hand. Wieder heulte ein Wolf heiser auf. Der Hund war ganz stille geworden, und in der Aufregung vergaß ich ihn und meine Absicht, ihn zu töten, ganz, mit allen Fibern des Gehörs nur darauf bedacht, mir selbst ein schnelles und qualloses, sicheres Ende zu bereiten. Noch ein kurzes, inbrünstiges Gebet — noch einmal gedachte ich aller meiner Lieben und der fernen deutschen teuren Heimat — und dann Schluß! Ich hob die Hand mit der Waffe mühsam zu den Schläfen, doch auf halbem Wege dahin fiel sie kraftlos zurück, meine Sinne schwanden völlig dahin, und ich erlag willenlos der furchtbaren seelischen wie körperlichen Erschlaffung. — Ich war ohnmächtig geworden!

Wie lange ich in dieser tiefen Ohnmacht gelegen haben mochte, weiß ich nicht, doch als ich plötzlich vom lebhaften Bellen des Hundes erwachte, schien mir die warme Morgensonne ins Gesicht. Ganz in mir gekommen, hörte ich das Klappern eines Wagens, der zweifellos näher kam. Nun traten auch alle Sinne wieder in Funktion, und es gelang mir sogar wieder, einige schwache Hilferufe aus der Kehle zu bringen. Näher und näher kam der Wagen, auf dem ich einen meiner Waldhüter erkannte, der, wie ich später erfuhr, auf einem, einige Meter an mir vorüberführenden Knüppeldamm fahrend, zu mir in meine Wohnung wollte. Mich und meine Lage erkennend, sprang der brave Mann vom Wagen, und nachdem er mir zugerufen hatte, daß ich mich ganz ruhig verhalten solle, hieb er mit seinem, diese Lente dort stets begleitenden Beile schnell mehrere der jungen Moorbirken ab, baute sich damit einen Weg zu mir, und da ich mich nicht rühren konnte (denn meine rechte Hand lag noch mit dem umklammerten

letzte Kurie. (Sehr richtig!) Die Entscheidung ist schwer und ich bitte Sie nicht ein, sie hier zu fällen. Es wird unmöglich sein, eine einheitliche Regel aufzustellen. Nur hätten die Steiermärker Genossen gut getan, ihrer Trauer darüber, daß sie diese fünfte Kurie nicht erhalten haben, so lebhaften Ausdruck zu geben. (Sehr richtig!)

Im allgemeinen können wir mit den Erfolgen der Partei zufrieden sein. Auch die Zeit der Ruhe, der politischen Verumpfung, die die nationalen Parteien geteilt hat, hat uns nicht geschadet. Die innere Kraft unserer Partei ist vielmehr gewachsen. Die ehrliche proletarische Politik, die rücksichtslos Selbstkritik übt, die den Thatsachen ins Gesicht schaut, wird uns weiter führen. Unwahr dürfen wir nicht werden, aus den thatsächlichen Verhältnissen heraus müssen wir unsere Politik leiten. In der Zeit der Ruhe Sturm predigen ist gerade so wie in der Zeit des Sturmes zur Ruhe mahnen. Die vernünftigste Taktik wird sein, wenn wir die Zeit der Ruhe zur Erziehung redlich benutzen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

In der Diskussion hält

Pölzer-Wien es für einen schweren taktischen Fehler, daß Pernerstorfer erklärt habe, zur Obstruktion werde es wegen des Ausgleichs nicht kommen. Hat denn Ellenbogen nicht recht, wenn er den Ausgleich für eine schwere Gefahr für die Arbeiter hingestellt hat? Dann müssen auch alle Mittel dagegen angewandt werden. Ich glaube aber, wenn der Dr. Adler 1897 im Parlament gesessen hätte, wäre das Parlament nicht gestürmt worden. (Lachen.) Er hat immer zu viel gedacht.

Dr. Stark-Karlsbad: In Westböhmen ist man der Ansicht, daß die Ursache der zuwartenden Haltung der Sozialdemokratie, der konsequenten opportunistischen Haltung zum Ministerium Körber in einer besonderen niederösterreichischen Landtagswahlpolitik der Parteileitung zu suchen ist. (Lachen.) Bei uns ist der Glaube an den Parlamentarismus bereits ins Wanken geraten angesichts der Unthätigkeit der Fraktion. Die Frage des österreichisch-ungarischen Ausgleichs muß zur Obstruktion führen, die unter Umständen von unserer Fraktion allein zu führen ist. Sind der Ausgleich verteilt, dann ist auch das Privilegiumparlament gesprengt. Sollten sich dann absolutistische Neigungen zeigen, so müßten wir dann auf die Straße gehen.

Bär-Saaz spricht sich gegen die beiden Vorredner aus. Die Zeit ist großen Aktionen nicht günstig, und der Ausgleich interessiert die Massen gar nicht. In solche Abenteuer sollten wir uns nicht hineinziehen.

Resel-Graz: Ich bin nicht der Ansicht, daß unsere Genossen Obstruktion machen sollten, oder daß sie im stande gewesen wären, das Parlament zu zersprengen. Aber wir haben den Eindruck, als wenn unsere Fraktion bestrebt gewesen wäre, alle Hindernisse, die sich der parlamentarischen Thätigkeit in den Weg stellten, mit aus dem Wege zu räumen. Soviel sollte uns nicht an diesem elenden Parlament liegen. Was soll nun der Endertolg dieses Parlamentes sein? Der Ausgleich, den uns Ellenbogen als so elend geschildert hat. Thatsache ist, daß eine große Apathie und Gleichgültigkeit der Bevölkerung gegenüber unserer parlamentarischen Thätigkeit Platz gegriffen hat. Gegen die Fabrikantenherrschaft ist nicht gehörig demonstriert worden. Auch die Unterstützung des antiklerikalen Empfindens des Bürgertums, zu der Dr. Adler geraten, ist nicht nach dem Geschmack der Steiermärker, die mit dem nationalen, liberalen Bürgertum im heftigsten Kampfe stehen. Bei dem letzten Kampfe um das Landtagswahlrecht in Steiermark haben sich die Klerikalen geschickter und klüger benommen, als die Liberalen. Wir haben unsere Entrüstung über die Nationalen ausgedrückt. Die Fraktion darf keinen Zweifel darüber lassen, daß ihr an der Erhaltung dieses Parlaments nichts liegt und die Parteileitung sollte mehr Initiative entwickeln. (Bravo!)

Präbauer-Salzburg schließt sich im wesentlichen Reisel an. Daß die Fraktion in der Kleinarbeit ihre Schuldigkeit gethan hat, darüber besteht kein Zweifel. Nur mit der großen Arbeit sind wir nicht zufrieden. Es ist zu viel Staatsmännlichkeit darin. Dr. Adler sagt: Es herrscht überall Ruhe. Ja, warum sollen wir denn nicht die Ruhestörer sein.

Dr. Czech-Brünn: Die Fraktion ist eine gute, tüchtige Vertretung unserer Interessen. Es konnte nicht mehr und nichts anderes geschehen, als was geschehen ist.

Albrecht und **Sponer-Reichenberg** sprechen ihr Einverständnis mit der Thätigkeit der Fraktion aus.

Die Debatte wird auf Sonntag vertagt.

Die Wahlen für die Parteivertretung haben folgendes Ergebnis. Gewählt werden in den engeren Ausschuß: Anna Boschek mit 126, Popp mit 126, Dr. Ellenbogen mit 125, Skaret mit 125, Dr. Adler mit 124, Schuhmeier mit 122, Tomschik mit 120 und Pernerstorfer mit 114 Stimmen. In die Parteikontrolle werden gewählt: Dr. Czech-Brünn, Spielmann-Linz, Präbauer-Salzburg, Resel-Graz, Seitger-Teplitz, Schäfer-Reichenberg, Beer-Wien und Widherz-Wien.

(Fortsetzung im Hauptblatt.)

Sächsische Angelegenheiten.

Die Amnestie und die Opfer des Löbtauer Urteils. Die Dresdner Zeitung, ein liberales Blatt, schreibt in ihrer Freitagnummer über das von uns bereits behandelte aktuelle Thema u. a. folgendes:

Auch bei uns in Sachsen hat es, wie bei jedem Regierungswechsel, manches auszugleichen gegeben. Wir wollen nur an das harte Urteil im sogenannten Löbtauer Prozeß erinnern, das selbst in den Kreisen der Juristen in ganz Deutschland vielfach Kopfschütteln erweckt hat. Durch das ganze Reich zitterte damals so etwas wie eine geheime Angst, als ob das Beste, was ein Volk besitzt, seine Rechtsprechung, veränderlichen Tagesströmungen zugänglich werden könnte. Daß selbst aus dem Kreise der damaligen Gesetzgebenden heraus ernste Schritte zur Beseitigung der Konsequenzen des Urteils geschehen sind, weiß jedermann. Auch noch manches andere wäre auszugleichen, und wenn wir erst heute auf die Angelegenheit näher eingehen, so geschah es, weil wir noch immer der Hoffnung lebten, daß ein umfassenderer Gnadenakt dem ersten folgen werde. Leider scheinen wir uns in dieser Hoffnung getäuscht zu haben.

Das genannte Blatt weist auch auf die sonderbaren Vorgänge unmittelbar nach der Ankündigung der Amnestie hin:

Ganz allgemein hatte man eine möglichst ausgedehnte, mildherzige Amnestie erhofft, die so manche alte Wunde schneller hätte verharrschen lassen. Aber welches Schauspiel hat sich dem ganz gewiß nicht gerade verwöhnten sächsischen Volke geboten?! Das zu offiziellen Mitteilungen an das Volk bestimmte und aus Mitteln der Steuerzahler unterhaltene königliche Dresdner Journal teilte mit, daß außer dem publizierten Amnestieerlaß noch weitere Straferlasse in Aussicht genommen seien, speziell betr. Majestätsbeleidigungen usw. Die Presse und die gesamte Oeffentlichkeit des Landes haben hiervon Kenntnis genommen und sind der Ueberzeugung gewesen, daß die Mitteilungen des amtlichen Blattes sicher als reiflich überlegt und authentisch zu erachten seien. Der Standpunkt der sächsischen Regierung und die Auslassungen des Dresdner Journals sind nach den in der letzten Session des sächsischen Landtages abgegebenen Erklärungen des Herrn Staatsministers v. Metzsch identisch. Und nun kommt das Wunderbarste: Die Regierung resp. der Herr Justizminister Dr. Otto desavouiert dasselbe amtliche Blatt, dessen Aeußerungen bis dahin für die ganze Bevölkerung als maßgebend gelten mußten, auf das energischste! Die Mitteilungen des amtlichen Blattes waren falsch oder waren doch — falsch aufgefaßt worden. Nichts kann die allgemeine Unsicherheit darüber, wo werden soll und wohin wir treiben, schärfer beleuchten, als der Umstand, daß ein Ressortminister, in diesem Falle der Herr Justizminister, den Ministerpräsidenten und seine in der Zweiten Kammer öffentlich abgegebenen Erklärungen gewissermaßen Lügen strafen kann, denn entweder ist das Dresdner Journal amtliches Regierungsorgan — dann konnte es nichts anderes bringen, als was in der Absicht der Regierung lag —, oder es ist entgegen den Erklärungen des Herrn v. Metzsch nicht als offizielles, sondern nur als offiziöses Blatt anzusehen. Und was das besagen will, darüber brauchen wir in diesem Zusammenhang kein Wort zu verlieren. Es ist richtig, daß in eine große Anzahl von Familien herzliche Freude eingekehrt ist durch den „ersten" Amnestieerlaß, wenn er sich auch nur auf einen verhältnismäßig kleinen Kreis beschränkt hat. Daß diese Beschränkung nicht auf den König zurückzuführen ist, sondern allein seinen verantwortlichen Beratern zuzuschreiben ist, unterliegt für uns nicht dem geringsten Zweifel, um so mehr, als sich der gegenwärtige Herr Justizminister Dr. Otto zu einem sehr sonderbaren Schritt veranlaßt gesehen hat, der sowohl nach seiner psychologischen Seite wie auch staatsrechtlich Befremden erregen muß; von den enttäuschten Erwartungen des Volkes gar nicht zu reden. Der Herr Justizminister hat sich nämlich zu seiner Mitteilung an die weitere Oeffentlichkeit nicht an das amtliche Dresdner Journal oder die Leipziger Zeitung gewandt, sondern merkwürdigerweise hat er ein konservatives Parteiorgan mit der Zuschrift bedacht, daß die oben skizzierte Mitteilung des Dresdner Journals eine irrtümliche sei und man gar nicht daran denke oder gedacht habe, weitere Begnadigungen über den Rahmen des ersten Amnestieerlasses hinaus eintreten zu lassen. Wir glauben der Zustimmung sämtlicher politischer Parteien in Sachsen sicher zu sein, wenn wir der Meinung Ausdruck geben, daß eine derartige offizielle Mitteilung, die eine staatsrechtliche Frage betrifft, in einem Parteiorgane durchaus unangebracht ist.

Wir teilen zwar die Meinung der Dresdner Zeitung, daß die Regierung oder ein Minister niemals eine Erklärung in anderen als Regierungsorganen veröffentlichen dürfte, nicht. Wir sind vielmehr der Meinung, daß Regierungsorgane vollständig überflüssig sind, wenn sie durch Zuschüsse dem Lande Lasten auferlegen, wie das beim Dresdner Journal der Fall ist. Die Bekanntmachungen und Erlasse der Regierung würden ihren Zweck eher erreichen und dem Volke besser bekannt werden, wenn sie allen größeren Zeitungen des Landes zugingen, anstatt lediglich in einem Blatte veröffentlicht zu werden, das fast unter Ausschluß der Oeffentlichkeit erscheint. Der Justizminister hat ungewollt die Ueberflüssigkeit der Regierungsorgane bis zu einem gewissen Grade dargethan. Daß der Herr aber nur die konservativen Dresdner Nachrichten mit einer Richtigstellung bedachte, obwohl alle größeren Zeitungen Sachsens die Aeußerung des Journals so aufgefaßt hatten wie das genannte Dresdner Blatt, zwingt förmlich zu der Ansicht, daß der neue Justizminister zu den Erzreaktionären und Scharfmachern, die in den Dresdner Nachrichten ihr Wesen treiben, in enger Fühlung stehe.

Nadelstiche. Die Amtshauptmannschaft Zwickau hat von den sozialdemokratischen Vereinen in ihrem Bereiche verlangt, in allen Orten, wo Versammlungen abgehalten werden sollen, eine Mitgliederliste einzureichen. In Rieder-Planitz bei Zwickau darf demzufolge so lange keine Vereinsversammlung der Filiale des sozialdemokratischen Vereins stattfinden, bis der Hauptverein in Zwickau, der dort schon seine Mitgliederlisten eingereicht hat, auch der Ortsbehörde in Rieder-Planitz die Listen übermittelt hat.

Die Berechtigung des Verlangens der Amtshauptmannschaft Zwickau ist sehr zweifelhaft. Ungesetzlich ist aber zweifellos die von der Gemeinde Rieder-Planitz verfügte Maßnahme. Das Vereinsgesetz bestimmt nur, daß die von politischen Vereinen an die Behörde zu erteilende Auskunft innerhalb einer Frist von drei Wochen zu erfolgen hat. Daß der Verein während dieser Zeit oder nach Ueberschreitung dieser Frist keine Versammlung abhalten dürfe, davon steht kein Wort im Gesetz. Die Behörde hat bei Nichteinhaltung der Frist nur das Recht, eine Geldstrafe zu verhängen. Die Maßnahme der Ortsbehörde von Rieder-Planitz läuft darauf hinaus, daß ein Verein in der Zeit habe zu existieren aufhört, die zwischen der behördlichen Forderung einer Auskunft und deren Erfüllung liegt. Soweit sind wir aber selbst in Sachsen noch nicht.

Oschatz. Nach dem Kommers, der zu Ehren des sächsischen Gemeindetages hier veranstaltet wurde, fanden einige Teilnehmer des Kommerses auf dem Heimwege beim Hause des Webers Fischer noch ein Extravergnügen. Vor dem Hause stand nämlich ein Handwagen, der bei einigen Herren die germanische Thatenlust herausforderte. Und da der gute Deutsche sich bekanntlich vor nichts fürchtet als vor Gott allein, Handwagen, Chinesen, Franzosen und Juden thun nicht den geringsten Respekt beizubringen vermögen, so wurde der Wagen attackiert, natürlich sehr schneidig, einige Herren setzten sich hinein und unter großem Hallo ging die Fahrt los. Des edlen Männerspiels endlich überdrüssig, ließ man den Wagen mitten im Wege stehen. Wenn Arbeiter das verübt hätten, würde die Lokalpresse schon ganze Kübel voll Entrüstung ausgeleert haben. So aber — ja Bauer, das ist etwas anderes. Vielleicht war das Vergnügen den Herren gesund; sie konnten sich einmal ein bißchen ausarbeiten, was sonst nicht immer der Fall sein soll.

Wie sich die Herren Gemeindebeamten auf ihrem Vertretertage in Oschatz haben abamüsieren müssen, geht auch aus der Festordnung hervor, die mit Konzerten, Spaziergängen, Frühschoppen, Festtafel usw. hinreichend versehen war, und nur einen recht geringen Raum für die eigentlichen Verhandlungen übrig gelassen hat. Und eine solche Tagung soll eine „ernste" und „nützliche" Konferenz darstellen.

Plauen i. V. Ein bemerkenswertes Urteil eines Schöffengerichts wurde am Mittwoch vom hiesigen Landgericht aufgehoben. Es handelt sich dabei um eine Preßbeleidigung, die die hiesige Neue Vogtländische Zeitung dadurch begangen haben sollte, daß sie eine kurze Notiz brachte, wonach „die etwa dreizehn Jahre alte Tochter eines Elsterberger Bürgers niedergekommen" sei. Durch diese Notiz, die übrigens unzutreffend war, fühlte sich ein Elsterberger Webermeister beleidigt, der, wie er angab, eine stark entwickelte Tochter habe, und im ganzen Ort mit der fraglichen Notiz in Verbindung gebracht werde. Das Schöffengericht Elsterberg hatte auch den verantwortlichen Redakteur der genannten Zeitung zu 150 M. Geldstrafe verurteilt. Das Landgericht erkannte aber auf Freisprechung, indem es ausführte, daß die Beleidigung einer bestimmten Person überhaupt nicht vorliege, da jede genauere Personalbeschreibung fehle. So gut wie der Kläger hatten sich auch 50 oder 60 andere Väter oder Mädchen beleidigt fühlen können. Die Kosten wurden der Staatskasse auferlegt.

-tt- **Meerane.** Viel besprochen wurde hier seiner Zeit ein Vorkommnis, das sich im Frühjahre dieses Jahre zutrug und das jetzt mit einem Nachspiel vor dem Richter endete. In dem Hospitalzimmerstübchen eines hiesigen Hotels kam es damals in später Nacht zu einem hitzigen Streite zwischen gebildeten Bourgeoissöhnen, in dessen Verlauf der Fabrikant und Reservelieutnant Quaas mit echt teutonischem Mute zum thätlichen Angriff überging und bald seine Kameraden buchstäblich in die Flucht schlug. Auf Mit-

---

Revolver genau auf der Stelle, wohin sie gefallen war), benutzte er einen Birkenstamm als Hebebaum und brachte mich endlich aus meinem Schlammbade heraus. Wie es dem nicht sehr kräftigen Manne gelungen ist, mich schweren und dazu hilflosen Menschen bis zu seinem Wagen zu schleifen und mich auf diesen zu heben, ist mir heute noch ebenso ein Rätsel, wie der Umstand, daß weder mich noch meinen Hund die Wölfe zerrissen haben. Nachdem mein braver Retter auch den treuen Hund, sowie mein Gewehr geborgen hatte, brachte er uns heim, wo mir schleunigst ärztliche Hilfe geboten wurde. Außer einer wochenlangen Krankheit, die meine gute Konstitution jedoch überwand, waren die ersten grauen Haare die Folgen dieser grauenvollen Nacht.

Oft habe ich mit dem treuen Ralph noch die Stelle meines unfreiwilligen Schlammbades aufgesucht und der Vorsehung gedankt, daß sie durch meine Ohnmacht mich verhinderte, selbst Hand an mich zu legen. Dem alten Ralph aber habe ich nach Jahren, als ihn von den vielen Wassergaben der Rheumatismus zu sehr quälte, doch noch den ihm schon damals zugedachten Liebesdienst erwiesen."

Wochenspielplan des königl. Opernhauses: Montag: Mignon. Dienstag: Fra Diavolo; Mittwoch: Die Glocken von Corneville; Donnerstag: Rienzi; Freitag: Rubezahl; Sonnabend: Hoffmanns Erzählungen; Sonntag: Der Rattenfänger von Hameln.

Das königl. Schauspielhaus bleibt bis mit 6. September geschlossen.

Im Zentraltheater spielt man seit Sonnabend einen dreiaktigen Schwank Frauenjäger von Fendeau. Er ist eines der üblichen französischen Schwankprodukte, etwas geschiefterer, scheint es, als der Durchschnitt. Alle Personen, die auftreten, sind mehr oder weniger geistig unzurechnungsfähig, und dem entsprechen die Witze, die der Verfasser ihnen in den Mund legt, und die Situationen, in die er sie geraten läßt. Das Publikum wiehert stellenweise, stellenweise scheint es sich, der krampfhaften, tollen Witzelei müde, zu langweilen. Die literarische Kritik braucht sich um das Stück, trotzdem es sich zuweilen literarisch giebt, und Dumas' Francillon verspottet, nicht weiter zu bemühen; es ist brutalische Zirkuskunst. Der Leiter des Meißthaler Ensembles, das jetzt wie ein Roster-Ensemble aussieht, sollte aber doch wohl überlegen, ob es geschäftsklug ist, sich um das literarische Renommée zu spielen, als das Ensemble bisher, man mochte im einzelnen darüber denken, was man wollte, unzweifelhaft gehabt hat. gm.

Zum Kapitel „Schulpaläste" in Offenbach erhält die Königsb. Hartungsche Ztg. aus Dreinsfurt von glaubwürdiger Seite folgenden Beitrag: Ein verhängnisvolles Schicksal befindet sich in dem bekanntlich Gute Jäglack. Schon seit Jahren ist es äußerst baufällig. Der zuständige Kreisarzt bezeichnete das altersmüde Gebäude als gesundheitsgefährlich. Darauf erschien der Kreisbauinspektor aus Marienburg und erklärte das Schulhaus für „tadellos". Auf eine nochmalige Beschwerde des Lehrers erschien ein königlicher Baurat aus Königsberg, um das Schulhaus eingehend zu untersuchen. Trotz Warnung des Lehrers betrat der Herr die Decke des morschen Bodenraums. Kaum hatte er einige Schritte gethan, als mit lautem Krach ein Teil der Decke ins Schlafzimmer herabstürzte und der Baurat in der durchbrochenen Stelle stecken blieb; er konnte erst mit Hilfe des Lehrers aus dieser gefährlichen Situation befreit werden. Ob der Herr Kreisbauinspektor nun auch noch sein Urteil nach dem „tadellosen Durchfall" des Herrn Baurats aufrecht erhalten wird?

Das furchtbarste Raubtier der Erde, im Vergleich zu dem ein Löwe oder ein Tiger als ein zahmes Geschöpf erscheint, ist heute glücklicherweise nur noch aus seinen Resten bekannt; diese aber gestatten einen Schluß auf seinen Körperbau und seine körperlichen Leistungen. Es war ein Verwandter unserer heutigen Löwen und Tiger, der noch gleichzeitig mit dem Urmenschen auf der Erde lebte, jetzt aber jedenfalls schon seit Jahrtausenden ausgestorben ist. Während jetzt die großen Sauriere wie der Elefant, das Nashorn und das Flußpferd einen ebenbürtigen Feind im Tierreich nicht haben, ging es ihnen und anderen mächtigen gegen jeden Angriff gewappneten Geschöpfen damals weit schlechter, weil jenes Raubtier mit dem härtesten Panzer, dem dicksten Fell und den gewaltigsten Zähnen fertig zu werden wußte. Der Name, den die Wissenschaft diesem außerordentlichen Wesen gegeben hat, heißt Machärodus, zu deutsch Messerzahn. In den paläontologischen oder erdgeschichtlichen Werken ist von ihm wohl auch unter der Bezeichnung messerzähniger Tiger zu lesen, obgleich eigentlich kein Grund für die Annahme gegeben ist, daß es eine größere Aehnlichkeit mit dem Tiger als etwa mit dem Löwen gehabt hätte. Wenn man in einem Museum den Schädel dieses ausgestorbenen Raubtieres betrachtet, so wird auf den ersten Blick seine nach Stärke und Form ganz ungewöhnliche Bezahnung auffallen. Ein zum Vergleich daneben gelegtes Gebiß eines Löwen oder eines Tigers würde sich fast wie ein Spielzeug ausnehmen. Aus dem Oberkiefer des Ungeheuers ragten ein Paar furchtbar entwickelter Eckzähne heraus, die an den Rändern gekerbt mit scharfen Schneiden wie zwei gewaltige Dolche herabhingen. Bei den ältesten Formen waren die Zähne noch nicht zu einer so einzigartigen Beschaffenheit ausgebildet, sondern erreichten ihre größte Stärke und Länge erst bei den Vertretern der Stypo, die mit dem Menschen zusammen während der sogenannten Eiszeit lebten. Das Gebiß dieses Raubtiers hat dem Gelehrten ein seltsames Rätsel aufgegeben, das jetzt vielleicht endlich gelöst ist. Es entstand nämlich die Frage, wie ein Tier mit so ungeheuerlich verlängerten Zähnen seine Beute zu packen vermochte. Die beiden Eckzähne standen soweit aus dem Oberkiefer heraus, daß es unmöglich erscheinen muß, das Tier konnte trotzdem sein Maul weit genug geöffnet haben, um ein Wild zu packen. Dazu kommt noch die eigentümliche Beschaffenheit des Unterkiefers, der verhältnismäßig schwach entwickelt ist, viel weniger kräftig als bei den großen Raubtieren der Gegenwart. Man hat alle möglichen Versuche gemacht, sich eine Vorstellung davon zu bilden, wie der messerzahnige Tiger sich überhaupt ernähren konnte. Von einer Seite ist die Vermutung aufgestellt worden, er habe seine Riesenzähne als Dolche benutzt, ohne das Maul zu öffnen. Das muß wohl aber als ausgeschlossen gelten, weil den älteren Vertretern des Geschlechts die Eckzähne noch nicht weit genug über den Unterkiefer hervorgestanden haben können, um bei geschlossenem Maul als Waffe benutzt zu werden. Andere sind auf den seltsamen Gedanken gekommen, das Tier habe seine Hauer dazu benutzt, um auf Bäume zu klettern, was übrigens seine Frage überhaupt nicht erklären würde; auch sind die Zähne zu brüchig, um eine solche Benutzung wahrscheinlich werden zu lassen. Noch andere Forscher haben gemeint, diese Raubtiere seien Wasserbewohner gewesen und hätten von den mächtigen Eckzähnen einen ähnlichen Gebrauch gemacht wie das heutige Walroß. Beiläufig sei noch erwähnt, daß man ziemlich allgemein zu der Annahme gekommen ist, die messerzähnigen Tiger hätten eben deswegen aussterben müssen, weil die Eckzähne sie geradezu am Nahrungserwerb verhinderten. Jetzt hat ein Gelehrter des Amerikanischen Museums für Naturgeschichte, Dr. Matthew, auf Grund einer sehr gründlichen Untersuchung der in den Museen aufgespeicherten Ueberreste des Machärodus eine Theorie aufgestellt, die eine bessere Erklärung als alle bisherigen enthalten dürfte. Er glaubt nämlich aus der Beschaffenheit des Kiefergelenks schließen zu dürfen, daß die Tiere im stande waren, ihren Unterkiefer vollkommen nach unten fallen zu lassen, so daß er senkrecht herabhing. Unter diesen Umständen stand ihnen dann nichts mehr im Wege, die riesigen Hauer als eine Hieb- und Stoßwaffe zu benutzen, die allerdings im Verein mit einer furchtbaren Muskelkraft von entsetzlicher Wirkung gewesen sein muß. Noch eine andere Thatsache ist dieser Auffassung besonders günstig. Die Huftiere, von denen sich die jetzt lebenden großen Raubtiere hauptsächlich nähren, also die Wiederkäuer, wie die Antilopen, Gazellen usw., sind alle schlank gebaut und haben einen langen Hals, den ihre Gegner zu

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19020818/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

teilung dieses Vorganges an das Offizierkorps durch den Vorsitzenden eines hiesigen Militärvereins wurde dem schlagfertigen Reserveleutnant das Offizierspatent aberkannt. Voller Erbitterung sandte hierauf der ehemalige Reserveleutnant ein Briefchen an den erwähnten Militärvereinsvorsitzenden, das für diesen nichts weniger denn schmeichelhaft gewesen sein muß, denn der Empfänger lief zum Richter. Er hat jetzt auch die Genugthuung, daß Herr Fabrikant Cuaas wegen Beleidigung zu einer Geldstrafe von 100 M. verurteilt worden ist. Ob damit der Hader endgültig beigelegt ist, wird die Zukunft lehren. Für die Arbeiter aber sind diese Vorgänge nach vieler Richtung hin interessant. Sie gestatten einen sonderbaren Einblick in das so viel gerühmte kameradschaftliche Leben in den Militärvereinen.

Stadt-Chronik.

Tittenverwilderung.

Ekel und Entsetzen wird jeden einigermaßen gebildeten und fühlenden Menschen erfassen, wenn er in dem Bericht über eine Militärgerichtsverhandlung in unserer heutigen Nummer liest, welch grenzenlose Roheit manchem der Soldaten„erzieher" innewohnt. Man fühlt sich in die graue Vorzeit der Barbarei oder in die Inquisitionszeit des Mittelalters versetzt und würde derartiges unter Kulturmenschen der heutigen Zeit einfach für unmöglich halten, wären die Angaben nicht aktenmäßig durch das Gericht erhärtet. Es ist das Tier, die Bestie im Menschen, die uns hier in dem Rekruten schindenden Unteroffizier vor Augen geführt wird. Denn menschlich kann man das nicht mehr nennen, was hier innerhalb der Mauern der Kaserne vorging, und nur dank einer öffentlichen Militärgerichtsverhandlung zur Kenntnis weiterer Kreise kam. Die Leser werden es uns erlassen, hier nochmals auf die einzelnen Phasen der Gerichtsverhandlung, die sie an anderer Stelle ausführlich berichtet finden, einzugehen. Die Vorgänge sind unter der Kritik und sie können nur ein Gefühl hervorrufen: des tiefsten Abscheues, tiefster Verachtung gegen soviel Bestialität. Es wäre wahrlich die höchste Zeit, daß der Erlaß des damaligen Prinzen, jetzigen Königs Georg, der sich entschieden gegen die Militärmißhandlungen wandte, dort energisch in Erinnerung gebracht würde, wo es nötig ist. Freilich, wirkliche und dauernde Abhilfe wird dadurch nicht gegen einen Mißstand geschaffen, der im Grunde im ganzen System seine Ursache hat; das hat die Erfahrung gelehrt. Der Erlaß ist vergangen und vergessen, die Mißstände, gegen die er sich wendet, sind heute vielleicht schlimmer denn je. Wollten wir eine Statistik aufnehmen über die Soldatenmißhandlungen, die nur hier in Dresden durch das öffentliche Militärgerichtsverfahren bekannt wurden, so würde ein abscheuliches Bild herauskommen.

Ist es nicht geradezu absurd, wie es auch vom Ankläger ganz recht bezeichnet wurde, wenn man solche Schinderreien damit zu entschuldigen sich erlaubt, daß sie aus Ehrgeiz, im Interesse des Dienstes verübt worden seien?! Solche Einwände müssen als bedenkliche Verirrungen des Geistes und Gefühls bezeichnet werden, wenn man sie nicht als faule Ausreden betrachten will, wozu wir viel eher geneigt sind. Der Vertreter der Anklage beantragte denn auch die strengste Strafe, also das höchste Strafmaß, und der Staatsanwalt wird damit, wie vielleicht selten in einem Falle, die öffentliche Meinung auf seiner Seite haben. Eine zwecklose Roheit nannte er die Drangsalierung des armen Menschen, der schwach an Geist und Körper, nicht einmal der deutschen Sprache mächtig, in den bunten Rock hineingesteckt wurde. — Ueber das Urteil wollen wir hier nicht rechten und unsere Verwunderung darüber aussprechen, daß der rohe Soldatenpeiniger nicht degradiert wurde. Soll er etwa wieder Gelegenheit bekommen, Rekruten zu „schnicken", wenn er seine Strafe verbüßt hat?! Im übrigen bracht diese Gerichtsverhandlung ja manche charakteristische Einzelheit über die Einrichtungen beim Militär.

---

durchbeißen pflegen. Die Ahnen der Hultiere aber, die gleichzeitig mit dem Machairodus lebten, waren gedrungene Formen mit kurzem Hals, denen ein Löwe oder Tiger schwer beikommen konnte, zumal sie wahrscheinlich mit einer ungewöhnlich dicken Haut ausgerüstet waren und mehr den jetzigen Tapiren und Schweinen glichen. Gegen solche Geschöpfe waren nun die Dolche des messerzähnigen Tigers eine höchst geeignete Angriffswaffe, die auch den dicksten Pelz sicher mit einem Schlage zu durchlöchern vermochten. Wahrscheinlich versuchte der Angreifer durch einen solchen Schlag eine Hauptader zu treffen und so seine Beute an Verblutung sterben zu lassen. Da sich der große Machairodus am längsten in Südamerika gehalten hat, so liegt es nahe, sich ihn als den Verfolger der plumpen, dickhäutigen und langsam sich bewegenden Riesenfaultiere zu denken.

Der Erfinder der Petroleumlampe. Der Frankf. Ztg. wird aus New-York unterm 5. d. M. geschrieben: Manchem Zeitungsleser wird es wie „ein Märchen aus alten Zeiten" vorkommen, wenn ihm erzählt wird, daß soeben der Mann, der als Erster das Petroleum zu Beleuchtungszwecken verwendet hat, gestorben ist. „Petroleum — Gas — Elektrischlicht, alles im Zeitraum eines Menschenlebens zusammengedrängt?" hört man Zweifler ausrufen. Aber Thatsache ist, daß vorgestern in Hackensack, New-Jersey, A. C. Ferris verstorben ist, der über Nacht zur Berühmtheit wurde, als er in New-York eine Lampe ausstellte, die Petroleum brannte. Der Verstorbene, der 84 Jahre alt geworden ist, hat eine Menge von Abhandlungen über seine Erfindung geschrieben.

Kleine Nachrichten aus Kunst und Wissenschaft. Der Rat der Stadt Leipzig hat Professor Wilhelm Wundt das Ehrenbürgerrecht verliehen. —

Binnen kurzem werden in Leipzig zwei neue Theater eröffnet. Am 31. August wird das Leipziger Zentraltheater unter der Direktion Anton Kleins eröffnet, das Varietee, Oper und Schauspiel pflegen soll, und am 10. September das Leipziger Schauspielhaus unter der Direktion Anton Hartmanns. —

In Halle a. S. wird eine Ausstellung vorbereitet, die Gemälde, Skulpturen, Bronzesachen, alte Möbel, wertvolle keramische und textile Gegenstände sowie Arbeiten älteren und neueren Kunstgewerbes, die sich in Hallischem Privatbesitz befinden, zu einheitlichen künstlerischen Heimbildern zusammenfassen soll. Um den Zweck völlig zu erreichen, hat man davon abgesehen, die Ausstellung in den Räumen des Museums oder eines Kunstsalons unterzubringen, sondern ein Privathaus, die Villa des Professors Kohlschuster, für die originelle Veranstaltung gewählt. —

Litterarisches. Von der Neuen Zeit (Stuttgart, Dietz' Verlag) ist soeben das 46. Heft des 20. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Der Riesenstreik der galizischen Bauern. Von S. Haecker (Krakau). — Zur Frage der Proportionalwahl. Von Gustav Hoch. — Zur Schulfrage. Von J. Witt, Lehrer in Brüssel. — Das Müllergewerbe. Von G. Maurer. — Litterarische Rundschau. — Feuilleton: Maurice Maeterlinck. Von Henriette Roland-Holst.

Eine Razzia auf Radfahrer wurde am vorigen Sonnabend gegen abend an verschiedenen Stellen der Stadtgrenze von Gendarmen ausgeführt. Es handelte sich dabei um eine Kontrolle darüber, ob die Radler auch im Besitz der nötigen Radfahrkarte sind. Erst kürzlich wurde eine derartige — die erste — Revision vorgenommen, und man „klappte" dabei eine Menge Radfahrer. Das erzielte „günstige" Resultat — pro Sünder mindestens eine Mark! — hat die Polizeidirektion offenbar zu weiterem und öfterem Vorgehen ermutigt. — Zwei Gendarmen hatten an ihrem Posten vollauf zu thun, denn jeder Radfahrer mußte anhalten und absteigen. Es ging oftmals gar nicht so schnell, ehe die Ueberraschten aus irgend einem Winkel ihrer Taschen das ominöse Kärtchen mit triumphierendem Blick vorzeigen konnten. War das Suchen aber erfolglos, dann war natürlich der Triumph auf Seite der Beamten und unerbittlich wurde der Name des Unvorsichtigen dem dicken Buche des Beamten einverleibt; das dicke Ende ist natürlich eine Strafverfügung.

Dem Publikum, das sich an diesen Kontrollstellen angesammelt hatte, machte die Geschichte offenbar großen Spaß; so hatten die Erwischten neben dem Schaden auch noch den Spott. Es machte sich übrigens die Solidarität der Radler untereinander bei dieser Gelegenheit recht hübsch bemerkbar. Die Radler, die die Kontrollstelle passiert hatten, machten die anderen, ihnen später begegnenden auf die Situation durch verständnisvolle Zeichen, Winke oder Anrufen im Vorüberfahren aufmerksam, so daß mancher der so gewarnten und schuldbewußten Radler durch schleunige Umkehr der Polizei ein Schnippchen geschlagen haben dürfte. Am Sonntag früh wurde die Kontrolle an der Stadtgrenze gegen die Radfahrer fortgesetzt, die von auswärts nach Dresden kamen.

Da solche Revisionen jedenfalls öfter vorgenommen werden, mögen die Radfahrer den Grundsatz beherzigen: Niemals ohne Karte fahren!

Aengstlich schreibt der Dresdner Anzeiger zu der von Zentrumsblättern geäußerten Absicht, in Sachsen zur Reichstagswahl eigene Kandidaten des Zentrums aufzustellen: „Es wäre in hohem Maße bedauerlich, wenn es thatsächlich zur Aufstellung eigener Zentrumskandidaten (Zählkandidaten natürlich) bei den nächsten Reichstagswahlen in Sachsen käme. Eine ganze Reihe der zahlreichen sozialdemokratischen Abgeordneten, welche Sachsen in den Reichstag gesandt hat, verdankt ihr Mandat der Zersplitterung der Ordnungsparteien. Werden diesen unter der durch keinerlei Thatsachen begründeten Wahlparole „Vergeltung für die Bedrückung der katholischen Kirche in Sachsen!" die katholischen Wähler, die bisher zum größten Teile mit ihnen gegangen sind, abwendig gemacht, so ist es unausbleiblich, daß die nächsten Wahlen das sächsische Kontingent im Reichstage abermals vermehren. Das würde dann aber auch wieder das Signal zu neuen konfessionellen Kämpfen in Sachsen sein, nach deren Wiederholung niemand Verlangen hat."

Das Gejammer ist ganz zwecklos; die Sozialdemokratie wird ihren Mann stellen — so oder so.

Lerch geisteskrank? Es wird berichtet: Der frühere Straßenbahnwagenführer W. Lerch aus Züllkowitz, der sich seit Februar dieses Jahres hier in Untersuchungshaft befindet, da er eines Meineides verdächtig erscheint und beschuldigt ist, im Jahre 1900 zu Löbtau den bei ihm zur Untermiete wohnenden Fabrikwächter Pratsch aus Breslau, um in den Besitz von dessen Sparkassenbuch zu gelangen, ermordet, den Körper dann zerhackt, die einzelnen Teile in eine Kiste gepackt und in die Elbe geworfen zu haben, ist auf Anordnung des Gerichtsarztes in die Irrenabteilung des Zuchthauses zu Waldheim übergeführt worden, um auf seinen Geisteszustand untersucht zu werden. Die verehelichte Lerch, die auch mit verhaftet war, ist, wie wir schon früher berichteten, bereits im vorigen Monat auf freien Fuß gesetzt worden, da sie jede Mitschuld bestreitet und nur so viel zugiebt, von dem Morde gewußt, jedoch aus Furcht vor ihrem Ehemann geschwiegen zu haben.

An dem alten Coselschen Palais an der Frauenkirche, in dem sich bis zu ihrer Uebersiedelung in den prachtvollen Bau an der Schießgasse die königliche Polizeidirektion befand, werden zur Zeit Umbauten vorgenommen. Das interessante Gebäude behält in der Hauptsache im Aeußern seine bisherige Gestalt und die daran vorzunehmenden Erneuerungen beschränken sich auf die Wiederherstellung und Konservierung des architektonischen Schmuckes. Die Innenräume dagegen werden einem durchgreifenden Umbaue unterzogen, was um so notwendiger ist, als an dem Gebäude in Erwartung des Umzuges der Polizeidirektion in das neue Polizeihaus und bei der früher herrschenden Ungewißheit wegen seiner Weiterverwendung die Unterhaltungsarbeiten seit langen Jahren auf das notwendigste beschränkt worden sind. In dem Gebäude, dessen Renovation voraussichtlich bis zum 1. September dieses Jahres vollständig beendet sein wird, sollen künftig die gegenwärtig in Privathäusern eingemieteten oder zum Teil in unzulänglichen Räumen befindlichen Landbauämter Dresden I und II, die Straßen- und Wasserbau-Inspektionen Dresden I und II nebst Schifferschule, die Bauverwaltereien Dresden I und II und die Generaldirektion der Sammlungen für Kunst und Wissenschaft untergebracht werden. Weiter soll durch Einbau einer Anzahl Wohnungen in das Gebäude einem dringenden Wunsche der letztgenannten Behörde, in der Nähe der Sammlungen Wohnungen für Aufseher verfügbar zu haben, entsprochen werden. Der auf Staatskosten erfolgende Umbau erfordert einen Aufwand von über 100 000 M., hat aber anderseits zur Folge, daß alljährlich eine ganz erhebliche Summe von Miete für in Privathäusern untergebrachte Behörden gespart wird.

Auktion auf dem Hauptbahnhof. Auf den Staatseisenbahnen werden im Laufe des Jahres eine Menge Gegenstände verloren oder liegen gelassen. Diese sammeln sich dann im Fundbureau an und es finden in gewissen Zwischenräumen in dem Bureau, das sich im hiesigen Hauptbahnhofe befindet, Auktionen statt. Auch für Sonnabend den 30. August, vormittags 9 Uhr, ist wieder eine solche Versteigerung angesetzt, in der mit den jetzt vorhandenen Fundgegenständen einmal gründlich aufgeräumt werden soll. Nach dem Versteigerungstermine steht den Verlustträgern nur noch der Auktionserlös zur Verfügung und dies auch nur eine gewisse Zeit lang. Wenn ein Anspruch auf den Erlös nicht erhoben wird, so verfällt er der Betriebskasse.

Der Bezirksausschuß Dresden-N. hielt am Freitag eine Sitzung ab. Von Konzessionsgesuchen erhielten hierbei Genehmigung das Gesuch des Kavalls in Hosterwitz um Ausdehnung des Schankes auf die angebaute Saalstube; Schneiders in Blasewitz zum Kleinhandel mit Spirituosen (Uebertragung); Frosichers in Niederlößnitz um Ausdehnung seiner Weinschankbefugnis auf ein weiteres Gastzimmer; Schlechtes in Dresden-Altstadt als Zwangsverwalter des Restaurationsgrundstücks Deutsches Haus in Königsbrück um Uebertragung der bisherigen Konzession und Erlaubnis zur Ausübung während der Zwangsverwaltung durch Richard Benjamin Pauschild; Ernst Gebauers in Pappritz zum Betriebe der Schankwirtschaft einschließlich des Branntweinschankes, Ausspannens, Kriippenbesetzens und Abhaltung regelmäßiger Tanzmusik sowie Ausübung der Schankgerechtigkeit auf die neuerbaute Sommerveranda (teilweise Uebertragung); Müllers in Leuben zum Betrieb der Schankwirtschaft einschl. des Branntweinschanks (Bedingungsweise). Teilweise wurden genehmigt das Gesuch der verehel. Dünerfurth in Trachau und zwar zur Ausdehnung der Schankbefugnis auf ein viertes Zimmer im Erdgeschoß, während Weinausschank abgelehnt wurde; Ernst Bruno Felgners in Loschwitz um Ausdehnung der Schankbefugnis auf den zum Grundstück gehörigen Garten, während die Inbetriebnahme eines aus dem Laden hergerichteten Zimmers nicht genehmigt wurde. Ganz abgelehnt wurde das Gesuch Gutos in Trachau um volle Schankkonzession. Das Gesuch des Gemeinderats zu Cotta-Dorf-Mickten um Genehmigung zur Errichtung einer Sparkasse wurde befürwortet und der zweite Nachtrag zum Reglatin, die Erhebung von Armenkassenabgaben für öffentliche Lustbarkeiten in dem Bezirke des Ortsarmenverbandes Niederlößnitz betr., genehmigt. Der Veräußerung von 106 und 157 Quadratmeter Gemeindeareal in Arnsdorf zum Preise von 1 M. pro Quadratmeter wird zugestimmt, ebenso den Satzungen des Wasserwerksverbandes Luchwitz-Niederseidlitz-Leuben mit dem Zusatze, daß die einmaligen Kosten der Ausführung die Gemeinden anteilig zu je ein Drittel zu tragen haben. Die Herabsetzung des Zinsfußes für Einlagen in der Sparkasse zu Radebeul von 3½ auf 3½ Prozent und die Satzungen des Feuerlöschverbandes Striesen-Dorf-Striesen-Dorf erfahren ebenso Genehmigung wie die Uebernahme bleibender Verbindlichkeiten seitens der Gemeinde Laubegast aus Anlaß eines mit der Dresdner Straßenbahn in Treuen über die Verlängerung und den doppelgleisigen Ausbau in der Flur Laubegast abgeschlossenen Vertrags. In die geheime Sitzung wurden verwiesen das Konzessionsgesuch der verehel. Wille in Klotzsche, Karl Otto Eimers in Bühlau und Ernst Heinrich Friebels in Reinendorf, ferner die Rekurse in Gemeindeanlagesachen Ackermanns in Zitzschewig, Ulbrichts in Bühlau, Hösens in Blasewitz, der Freifrau v. Reitzenstein in Niederlößnitz, Seelmers in Bühlau, Gottschalks in Niederlößnitz. Weiter werden geheim verhandelt Vorschläge zur Unterstützung der Volksbibliotheken, ein Beschluß des Gemeinderats zu Naundorf um Feststellung einer Entschädigung für den ersten Gemeindeältesten, sowie des Gemeinderats zu Blasewitz über die anderweite Festsetzung des Gehalts des Gemeindevorstandes daselbst.

Einer eigentümlichen Freiheitsberaubung haben sich die in Volkmarsdorf wohnhaften Fuhrwerksbesitzerseheleute H. dadurch schuldig gemacht, daß sie von dem Wiederfund eines Geldbeutels, von dem sie meinten, er sei gestohlen worden, nicht rechtzeitig Mitteilung an das Polizeiamt machten und dadurch die Inhaftierung des von ihnen des Diebstahls bezichtigten Privatsekretärs J. veranlaßten. Am 7. März d. J. vermißten sie einen Geldbeutel mit 800 M. Bargeld und 1200 M. Wechseln. Die Ehefrau meinte nach langem vergeblichen Suchen, daß den Beutel niemand weiter haben könne als J. Der Buchhalter B. meldete dies auf der Polizei und diese nahm am anderen Morgen bei J. eine Haussuchung vor, die ergebnislos war. Nun begab sich ein Polizeibeamter zu H., um sie zu einer nochmaligen Durchsuchung des Logis nach dem Beutel zu veranlassen. Als diese wiederum umsonst war, wurde J. auf der Hauptwache zur Haft gebracht. Am Nachmittag des 8. März, einem Sonnabend, fand Frau H. den Beutel in der schmutzigen Wäsche. Sie teilte es sofort ihrem Manne mit und dieser will Sonnabend abend Meldung auf der Wache haben machen wollen, doch sei ihm auf sein Klopfen nicht geöffnet worden. Am Sonntag früh sei es ihm ebenso gegangen; nun habe er es gelassen. Der Polizeibeamte, dem die Recherchen in der Sache übertragen worden waren, hat von dritten Personen erfahren, daß der Beutel wiedergefunden sei, und er überzeugte sich dann durch eigene Nachfrage bei H.s. Inzwischen war J. aus der Haft entlassen worden. Beide Angeklagte verteidigen sich damit, daß sie glaubten, daß ihr Versuch, die Meldung von dem Wiederfund zu machen, genügend gewesen sei. Das Urteil des Schöffengerichts Leipzig lautet bei H. auf drei Wochen und bei seiner Ehefrau auf einen Tag Gefängnis. — Der Fall kann zur Warnung dienen.

Arbeiter-Risiko. Auf einem Neubau an der Marien-Allee wurde gestern ein 50 Jahre alter Arbeiter von herabfallendem Holz getroffen und am Kopfe verletzt. — Am 13. August, vormittags, stürzte ein 22 Jahre alter Arbeiter auf einem Neubaue in der Schubertstraße vom Gerüste und erlitt eine Quetschung der linken Brustseite und des linken Oberschenkels.

Feuer. Sonnabend nachmittag in der 6. Stunde entstand in einer Küche im Erdgeschoß eines Grundstückes auf der Guzkowstraße auf noch unermittelte Weise und während die Bewohner abwesend waren, ein Brand, durch den aber nur unbedeutender Schaden verursacht wurde. Die herbeigerufene Feuerwehr brauchte, da sie die Gefahr schon durch einen Beamten der Wohlfahrtspolizei beseitigt fand, nicht mehr einzugreifen.

Unfälle. Auf der kleinen Brüdergasse stürzte am Sonnabend nachmittag eine Arbeitersehefrau durch ein Glasdach in den Hofraum und erlitt erhebliche innerliche Verletzungen. Mittels Krankenwagens wurde die Frau nach dem städtischen Krankenhause übergeführt. — Gestern vormittag stürzte aus dem vierten Stockwerk eines Grundstückes auf der Oppellstraße ein zwölfjähriger Knabe in den Hofraum und war sofort tot.

Tiefbauarbeiten. Vom 25. August ab werden die nördliche Fahrbahn der Johann Georgen-Allee, zwischen der Johannes- und Zinzendorfstraße, wegen Asphaltierung und die Rothermundtstraße, zwischen der Lindenstraße und Straße E, wegen Schleusenbaues auf die Dauer der Arbeiten für den Fahr- und Reiterverkehr gesperrt. Mit der Erneuerung der Schotterdecke in der Schnorrstraße zwischen der Berg- und Winckelmannstraße und der äußeren Hälfte der Kanonenstraße soll am 1. September d. J. begonnen werden.

Dieb erwischt. Vor einigen Tagen ist es der hiesigen Polizei gelungen, einen 22 Jahre alten Schlossergehilfen festzunehmen, der in benachbarten Plauen in einer Nacht drei Diebstähle durch Ueberklettern der Zäune und Einsteigen durch offenstehende Fenster, durch Erbrechen der im Innern stehenden Behältnisse ausgeführt hat. Die Beute war recht reichlich, denn außer einer Anzahl Uhren sind dem Täter auch Wertsachen von ziemlich hohem Werte und anderen Gegenstände in die Hände gefallen.

Versammlungskalender für Dienstag

Maurer. Abends ½9 Uhr öffentliche Versammlung im Volkshaus Rißenbergstraße 2.

Fensterputzer. Abends 8 Uhr Versammlung im Volkshaus, Rißbergstraße 2., 1. Etg., Zimmer 6/7.

Gerichts-Zeitung.

Schöffengericht

-e. **Einundzwanzig Mark Wochenlohn und acht Kinder.** Mit 21 Mark Wochenlohn war der 48jährige Kutscher und Bierverleger Anton Max G. bei der Unionsbrauerei angestellt. Neben seinem Lohn bezog er allerdings 2 Proz. vom Umsatz, die jedoch nicht zur Auszahlung kamen und auf eine ansammelnde Kaution verrechnet wurden. Da G. noch alte Verbindlichkeiten von früher her zu decken hatte und sich seine Kundschaft erst suchen mußte, so ist er hängen geblieben mit der Kasse und fand man unter Anklage 265,65 M. verunreinigt zu haben. Dies mag auch noch durch eine wenig energische Kontrolle ermöglicht worden sein. Zwar bezweifelt G. die Richtigkeit der einzelnen Posten, er hat aber auf vorliegenden Quittungen unterschriftlich bestätigt, die Beträge erhalten zu haben. Da abzüglich seiner Provision der Brauerei nur ein wirklicher Verlust von etwa 120 M. erwachsen ist, wird G., unter Annahme mildernder Umstände zu 1 Monat Gefängnis verurteilt.

Wetterbericht nach der Wettersäule an der Augustusbrücke vom 18. August, vormittags 11½ Uhr.

Barometer: 750. Veränderlich
Thermometer: + 20° R.
Thermometrograph: Min. + 10, Maxim. + 19.
Hygrometer: 74°.
Wasserstand der Elbe: — 117 cm

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19020818/8 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG